

VORWORT

Inhalt
Hoyerswerda und Bremerhaven:
Aktionen gegen Ausländerhetze und Neonazis
Seite 3

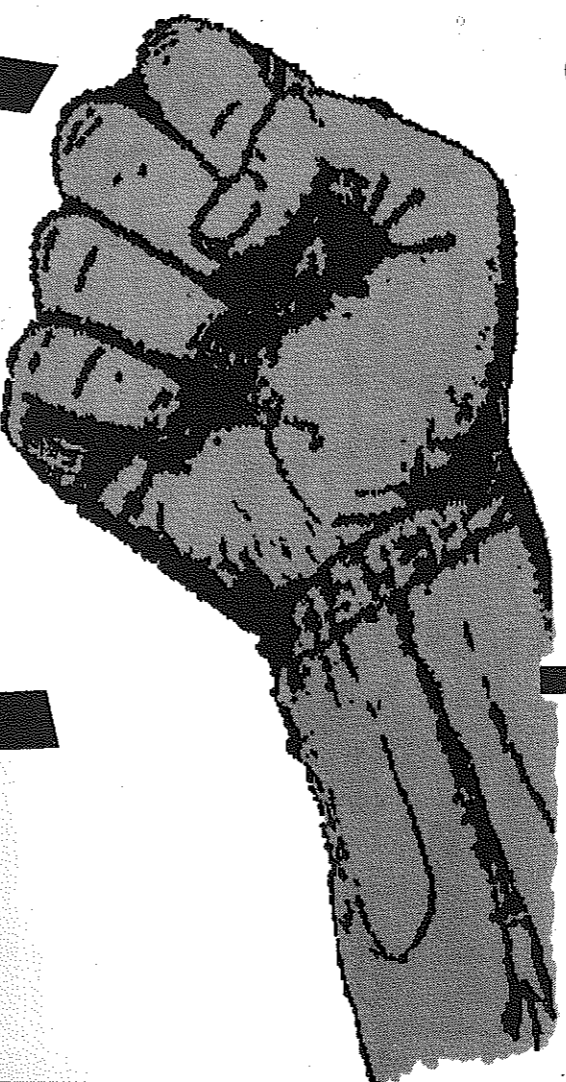
Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 135 - November 1991

1 - DM - Solidaritätspreis: 2 - DM

Wohnungen und Arbeitsplätze

Gegen



Ausländerhetze

Der Zweck der ganzen Hetzkampagne gegen ausländische Kolleginnen und Kollegen ist in erster Linie das Verschleiern der Ursachen sozialer Probleme in der BRD. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung soll auf „die Ausländer“ gelenkt werden. Diese „Bedrohung von außen“ soll endlich Einigkeit im deutschen Volk schaffen. Doch es wird Zeit, Klarheit in die Vorurteile zu bringen!

„Wir sind überlastet mit Ausländerwut.“

Quer durch alle Parteien zieht sich der Gedanke der Untragbarkeit der angedachten Masse von ausländischen Flüchtlingen, die sich, so diese Politiker, hier nur ein goldenes Leben verschaffen wollen. Man spricht von „Überschreiten der Belastungsgrenze“, davon, daß „das Boot voll“ sei.

Die geschützte Hysterie ist sehr fragwürdig. Holland hat z.B. eine um 60% höhere Bevölkerungsdichte als Deutschland. Ist es deshalb „überbevölkert“?

Es ist nicht die Zahl der Flüchtlinge (Asylbewerber = 0,2% der Bevölkerung), sondern ihre Situation (Sammlung, Unterkunft, Arbeitslosigkeit usw.), die Probleme schafft. Dadurch schützt man Vorurteile und Ablehnung in der Bevölkerung. Oder man bringt in einem Dorf mit ein paar Tausend Einwohnern 100 Flüchtlinge unter. Hier wird gezielt „Urnase provoziert“. Teile der Bevölkerung reagieren verärgert über die Flüchtlinge anstatt über die Bürokraten, die was ausgeknobelt und zu verantwort-

„Die Ausländer nehmen uns die Wohnungen weg.“

Nicht die Ausländer, sondern die Kohl-Regierung ist verantwortlich für die Wohnungsnot. Sie hat den Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau und den Abbau der Mieterechte zu verantworten. Und wer kontrolliert den Wohnungsbau tatsächlich? Die Banken, Versicherungen und Baukonzerne entscheiden darüber, ob es profitabel genug ist, in Baumaßnahmen zu investieren. Während bei knappen Angebot die Mietpreise steigen, verdienen sich die Miethaie und Makler eine goldene Nase daran.

Die Kohl-Regierung fördert - mit ein paar Almosen - den Bau von Wohnungen für Ausiedler. Wenn eine deutsche Familie vergeblich versucht, eine geeignete Wohnung zu finden und für die Aussiedler schon alles fix und fertig wartet, werden nur einheimische und auswärtige Wohnungssuchende gegeneinander aufgezockt.

Die Bundesregierung stoppte 1986 den sozialen Wohnungsbau und pumpte stattdessen viele Millionen in die Städtebauförderung. Jetzt haben wir

der einen Seite, und auf der anderen Seite fehlen in der BRD 2,5 Millionen Wohnungen.

„Die hohe Arbeitslosigkeit haben wir den Ausländern zu verdanken.“

Viele Arbeitsplätze würden kaum von Deutschen angenommen. Die ausländischen Arbeiter füllen die Lücken, die durch den beruflichen und sozialen Aufstieg einheimischer Arbeiter entstanden sind. Abgesehen davon, auch ohne ausländische Arbeiter wäre ein deutscher Arbeiter nicht vor Rationalisierung, Betriebschließung oder unmenschlichen Arbeitsbedingungen geschützt. Die Arbeitslosigkeit entsteht nicht durch Anwesenheit der ausländischen Arbeiter. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Marktwirtschaft. Als Beispiel hierfür kann man sich die 30er Jahre ansehen. Damals produzierte der Kapitalismus sechs Millionen Arbeitslose. Damals gab es keine Castarbeiter in Deutschland.

Der einzige Grund, der Unternehmer verantwortlich, ausländische statt deutsche Arbeiter einzustellen, ist, daß sie billiger sind. Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaften, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen. Maßstab sollte natürlich der höhere Lohn sein.

Mit steigender Arbeitslosigkeit und verstärkten Kürzungen im sozialen Bereich spüren alle Arbeitenden die Auswirkungen der Krise. Die Ausländer dafür verantwortlich zu machen heißt, nicht nach den Ursachen der Krise zu fragen. Das trifft Menschen, die schon in ihrem Heimatland keine Existenzgrundlage fanden. Aus Abenteuerlust arbeiten die ausländischen Kollegen bestimmt nicht hier.

Walter Momper (SPD - ehemals regierender Bürgermeister von Berlin) sagte 1989 ganz richtig: „Leide Wöh-

nung, jeder Arbeitsplatz entzieht den braunen Rattenfängern den Boden.“

Die SPD-Führung muß sofort die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung einstellen. SPD und Gewerkschaften müssen jetzt die ausländischen Kolleginnen und Kollegen offensiv gegen die Hetze der rechten Politiker und die brutalen Nazi-Angriffe verteidigen:

- Stärke zeigen durch politische Demonstrationen gegen Ausländerhetze.
- Gemeinsam mit den Flüchtlingen Schutz von Wohnheimen organisieren.
- Verteidigung des Asylrechts; Schluß mit den Abschiebungen.
- Abschaffung aller diskriminierenden Ausländergesetze.
- Bleibe- und Arbeitsrecht für alle Ausländer; volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern, auch beim Wahlrecht.
- Keine Sammellager für Flüchtlinge

„Es können doch nicht alle Armen der Welt hierher kommen!“

Die Asyldebatte lenkt nicht nur von den Verantwortlichen für Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit in der BRD ab, sondern auch von den Ursachen für die Zuwanderung.

Die Trennung zwischen politisch Verfolgten und „Wirtschaftsasylantern“ ist willkürlich und löst die Probleme der Betroffenen nicht. Ein Osddeutscher, der aus wirtschaftlicher Not nach Westdeutschland „flieht“, wird mit gutem Recht behaupten können, daß er durch die Politik der Kohl-Regierung und der Treuhänder vertrieben wurde und deshalb kein

sondern vernünftige Wohnungen.

- Billiger Wohnraum für alle durch eine massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus; Enteignung von Spekulant.

- Schluß mit Kürzungen und Sozialabbau in den Kommunen.

- Arbeit und qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für alle; Garantiertes Mindesteinkommen von 150 DM netto für alle ab 18 Jahren.

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.

Also, laßt uns gemeinsam - Ausländer und Deutsche - mit und in SPD und Gewerkschaften kämpfen für Gleiches Recht, Arbeit und Wohnraum für alle!

Claudia Braun, Köln
Jungsozialistin

Weiter dazu auf Seite 11

Hintergrund

Konjunktur flacht ab

Sünderböcke gesucht

Auch wenn sich Regierung, Unternehmer und Presse um das häßliche Wort Abschwung herumdrücken, ihre eigenen Zahlen beweisen, daß sich das Wachstum verlangsamt.

Der Arbeitgeberverband des Bankgewerbes schätzt, daß die westdeutsche Wirtschaft im 2. Halbjahr nur noch um 2% wachsen wird, im Vergleich zu 4,5% im 1. Halbjahr. Für 1992 erwartet er ein Wachstum von 1,5-2% (nach "Handelsblatt" vom 4.10.). Auftragsbestände und Kapazitätsauslastung schrumpfen ebenfalls. Die OECD, der Zusammenschluß der führenden Industrieländer, erwartet für dieses Jahr für die gesamte BRD noch 0,5-1% Wachstum.

Gleichzeitig erreichte die Inflation mit 4,5% im Juli den höchsten Stand seit 1983. Um gegenzusteuern erhöhte die Bundesbank die Zinsen (höhere Zinsen bedeuten weniger Kredite und die Kredite bilden einen Teil der Geldmenge). Aber damit wurde das Wirtschaftswachstum zusätzlich gebremst. Deshalb muß ein Stundebuch für die Inflation her - die Gewerkschaften.

Lohn-Preis-Spirale?

Ihre Lohnforderungen sollen an allem Schuld sein. Tatsächlich geben die Unternehmer nur einen Teil ihres Geldes für Löhne aus. Dagegen müssen die Arbeitnehmer fast ihr gesamtes Geld für Konsumgüter ausgeben. Wenn die Preise um über 4% steigen, wenn zusätzlich Steuern und Sozialabgaben erhöht werden, dann reichen zum Beispiel die 6% Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst, die im Frühjahr für den

Westen vereinbart wurden, kaum, um den Lebensstandard zu halten. Steigende Preise erzwingen höhere Tarifabschlüsse, nicht umgekehrt. Aber, wird uns gesagt, wir müssen doch Opfer für die Einheit bringen. Das sagen vor allem die, die sich ihre Abgeordnetenämter und Managergehälter munter erhöhen. Die Unternehmer investieren nur da, wo es Profit bringt, die Treuhänder machen Ostbetriebe kaputt, damit die Westkonzerne keine unliebsamen Konkurrenten bekommen. Dieses Jahr wird die Ostdeutsche Wirtschaft nach Schätzung der OECD um 15-20% schrumpfen. Die Zahl der Arbeitsplätze im Osten wird laut Bundesanstalt für Arbeit bis Jahresende auf sechs Millionen schrumpfen (1989 waren es 9 Millionen). Millionen ostdeutsche Arbeiter (und vor allem Arbeiterinnen) werden daran gehindert, sich ihr Geld zu verdienen, und von ihren westdeutschen Kollegen wird verlangt, für sie nutzubleiben! Dabei erwarten die Banken dieses Jahr Rekordgewinne. Die Unternehmer haben laut Bundesbankbericht 900 Milliarden auf der hohen Kante. Was taugt ein Gesellschaftssystem, das dieses Geld nicht sinnvoll verwenden kann, weil es keinen Profit für eine Minderheit von Reichen bringt?

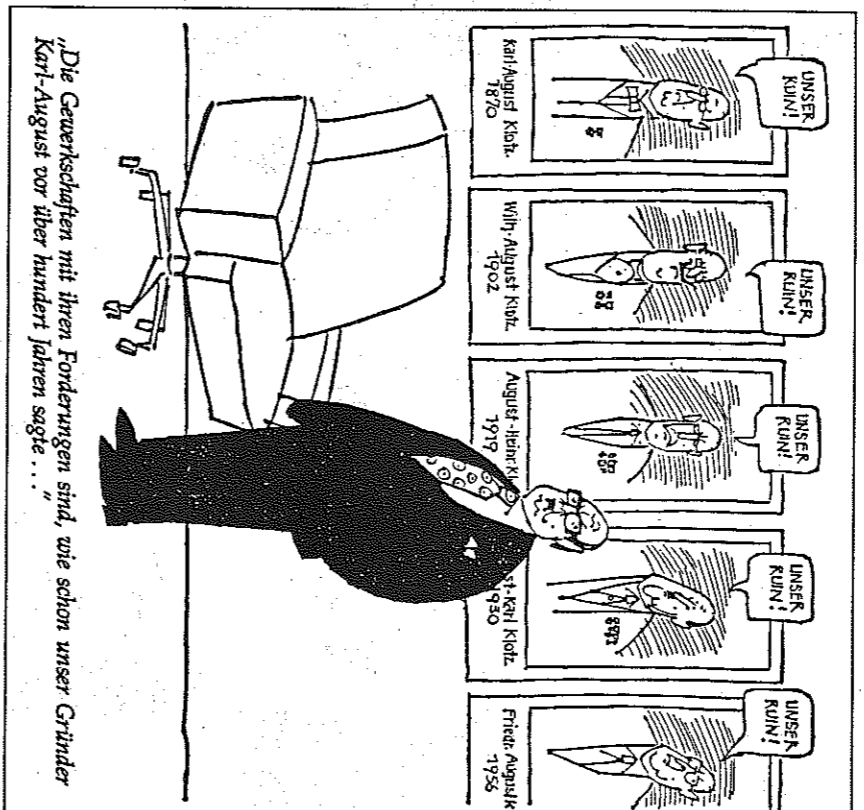
bediense ein? Weil unser Gesellschaftssystem nicht in der Lage war, sie richtig auszubilden. Man müßte das westdeutsche Schul- und Ausbildungssystem verbessern. Stattdessen wird bei krapen Kassen da als erstes gespart. Das westdeutsche Wirtschaftswachstum der letzten 21 Jahre ist nicht nur dem ostdeutschen Absatzmarkt, sondern auch den im Osten ausgebildeten Arbeitern zu verdanken. Dabei werden Arbeiter in Ost und West gegeneinander ausgespielt.

Marktwirtschaft versagt

Der langsame Anstieg der Arbeitsproduktivität ist letztlich hausgemacht. Die USA haben dasselbe Problem seit 20 Jahren. Die BRD hat weniger Geld für die Rüstung verplant, deshalb hat es sich später gezeigt. Die Ursache ist aber dieselbe: der Kapitalismus ist immer weniger fähig, die Gesellschaft vorwärtszubringen. Niedrigere Löhne nutzen nur den Unternehmern. Sie bedeuten zunächst höhere Profite, aber auch weniger Massenkaufrkraft. Das läßt sich durch eine Steigerung der Konsumentverschuldung kurz ausgleichen. Dann senkt der schrumpfende Markt die Profite, also gibt es noch mehr Druck auf die Löhne.

Der erste Schritt dagegen muß der gewerkschaftliche Kampf zur Verteidigung der Interessen aller Arbeitnehmer sein, für gleichen Lohn in Ost und West und Arbeit für alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Dies muß aber mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsordnung verbunden sein, in der nicht mehr die Profite der Unternehmer (oder wie in der stalinistischen DDR die Privilegien der Bürokraten) entscheidend sind, sondern der vorhandene Reichtum im Interesse der Allgemeinheit eingesetzt werden kann. **Wolfram Klein, Stuttgart**
Jungsozialist



Rechtsrutsch in Bremen

SPD - was nun?

Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft Ende September hat die SPD eine katastrophale Niederlage erlitten und ihre absolute Mehrheit verloren. Die Wahlbeteiligung war sehr niedrig: im Land Bremen 72%, in der Stadt Bremerhaven nur 65%.

Die CDU hat sich zum großen Sieger erklärt. Doch sie hat nicht einmal prozentual ihre Verluste von 1987 aufgeholt. In absoluten Zahlen hat sie nicht viel hinzugewonnen. Die einzigen wirklichen Gewinner sind die DVU-Faschisten. Landesweit holten sie über 5%, in Bremerhaven 10,6%. Die Bremer Wahl zeigt in erster Linie den Zynismus und die Enttäuschung vor allem vieler Arbeiter und „Aufschwungverlierer“. Mehrere tausend Wähler sind direkt von der SPD zur DVU gegangen, noch mehr, vor allem junge Leute haben nicht gewählt.

Füchtlinge als Wahlkampfnummern

Die Stärkung der Nazis haben wir der Bundesregierung, der Bremer CDU und der Bremer SPD-Führung zu „verdanken“. Die CDU setzte von vorne herein auf rassistische Parolen. SPD-Bürgermeister Klaus Wedemeyer („Lieber Klaus“) landete seinen entsetzlichen

den „Coup“ im Juli und machte die Grenzen für Füchtlinge publikumswirksam und rechtswändig dicht. Die SPD-Landesregierung selbst rückte so das „Asylproblem“ in den Mittelpunkt. Das Ergebnis laut Forsc-Meinungsum-



SPD-Wahlplakat (rechts).

frage: Vor dem Wahlkampfbeginn im Sommer hielten 11% der Bremer Bevölkerung die Asylfrage für das wichtigste Problem, am Ende des Wahlkampfes waren es 35%. Das Ganze wurde zu ei-

nen fatalen sozialdemokratischen Schluß mit der ausländerfeindlichen Kampagne. Vor allem in Bremerhaven trug auch der selbstverherrlichende und großkorzige Wahlkampf der SPD zur Niederlage bei. Die sozialdemokratischen Funktionäre verwechselten ihre eigene Situation mit der der Masse und machten in „70er-Jahre-Auswungsoptimismus“.

Und offensichtlich meinen dies auch viele ältere Genossinnen. Denn der rechte Vorstand der Bremerhavener SPD ist nach einer dramatischen Versammlung von aufgebrachtten Parteimitgliedern zum Rücktritt gezwungen worden. Ein personeller Neubeginn bietet auch die Chance zu einer Diskussion über Programm und Methoden der Partei, die Koalitionsdiskussion ist jetzt wieder offen.

SPD muß Kurs wechseln

Wir Jusos fordern von der SPD eine Reformoffensive, in deren Mittelpunkt ein massives Wohnungsbauprogramm, der ökologische Umbau des Straßenverkehrs, Widerstand gegen die von Bonn verordnete Sparpolitik (Bildung, Kindererziehung, sonstige städtische Dienstleistungen) und die aktive Bekämpfung des Rassismus stehen. Für ein solches Programm soll sie die Unterstützung der Grünen verlangen. Wir Jusos sehen also in Bremen und Bremerhaven eine SPD-Grüne Koalition

wart und erklärt, daß das Einstimmen in das „Das Boot-ist-voll“-Gehulie nur den Rechten nützt.

Jetzt läut das große Koalitionskarussell. Geplant ist eine Ampel-Koalition (SPD, FDP, Grüne). Für das Bremerhavener Stadtparlament schien die rechte SPD-Führung eine Koalition mit der CDU zu bevorzugen. Der CDU hätte das auch gefallen, denn sie will endlich an den kommunalen Freisnapp ran.

Das wäre schlimmer als die Wahl selbst. Die Glaubwürdigkeit der SPD würde weiter sinken, wenn sie mit den Anstiftern der Asylanerkaufskampagne zusammenarbeiten würde. Für die Teile der ehemaligen SPD-Wähler, die mit der Wahl der DVU-Faschisten ihre Unzufriedenheit ausgedrückt haben, würde es sich - und so ganz falsch ist das nicht - so darstellen, daß die gutversorgten sozialdemokratischen Funk-

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitschrift der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/1345 04, Fax 0221/1372 80.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgarnant Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

In eigener Sache:

Der Verkaufspreis der VORAN hat sich von 80 Pfennige auf 1,- DM erhöht. Diese längst überfällige Anpassung an die allgemeine Preissteigerung ist übrigens die erste Erhöhung seit 1979. Die Abo-Preise haben sich entsprechend erhöht, was aber die laufenden Abo erst bei einer Verlängerung berührt.

Wir denken, daß Ihr Verständnis für diese Maßnahme hat, da wir auch durch den neuen Preis nur knapp die Produktionskosten decken. Deshalb: Unterstützt uns weiterhin durch die Zahlung des Solidaritätspreises von 2,- DM (bzw. durch ein Förderabo) und durch Spenden für den Kampfonds. So ermöglicht Ihr uns, eine finanziell und damit auch politisch unabhängige Zeitschrift zu machen.

Die Redaktion

Keine Begeisterung

Im September führte das Emnid-Institut eine bundesweite Umfrage durch. Auf die Frage, ob sich die Politik einer SPD-geführten Bundesregierung von der Politik der jetzigen unterscheiden würde, antworteten: 58% „Wäre genauso“, 20% „wäre besser“, 18% „wäre schlechter“ (Spiegel Nr. 38/91).

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 6.10. konnten SPD und CDU jeweils nur gut ein Viertel aller Wahlberechtigten für sich begeistern. Stärkste Kraft waren die Nichtwähler (jeder dritte Wahlberechtigte).

Angesichts der Stärkung der Rechten geht es jetzt nicht nur um parlamentarische Bündnisse, sondern um die Politik „auf der Straße“. Vor allem die Gewerkschaften müssen sich in den antirassistischen Kampf einschalten. **Claus Ludwig, Bremerhaven**
Jungsozialist und IG Medien Jugend- und Azubivertreter

Aktuelles

Der Wahnsinn hat Methode

Brandanschläge, Übergriffe, lebensgefährliche Verletzungen, sogar Morde - in ganz Deutschland gibt es Angriffe gegen Ausländer, insbesondere gegen Asylbewerber. Sie stellen den vorläufigen Höhepunkt einer gezielten Kampagne gegen ausländische Kollegen dar.

Überall in der BRD gibt es in den letzten Wochen und Monaten ein massives Ansteigen ausländischer Aktionen und Übergriffe. Zwei Beispiele: Am 11. September traten in Dresden Skinheads die Wohnungstür einer Vietnamesin ein, verprügelten sie und traten der Schwangeren in den Bauch; kurz zuvor hatten dieselben Neonazis einen Mosambikaner mit einem Schuß in den Kopf schwer verletzt. Am 19. des gleichen Monats zündeten in Saarouis Skinheads ein Wohnheim an; der Asylbewerber Samuel Yeboah, 27, aus Ghana verbrannte. Die Liste solcher Vorfälle ist lang.

Brandstifter CDU

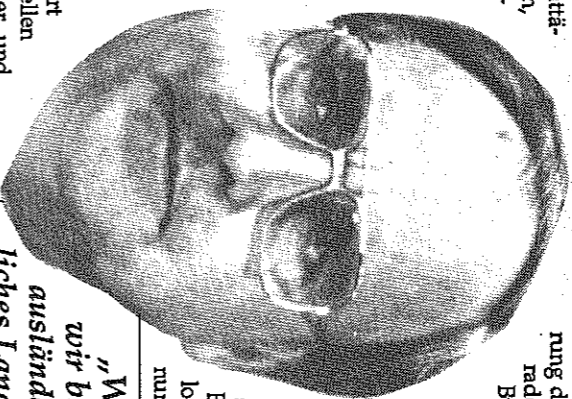
Auch sind alle Politiker „betroffen“. Als „christliche“ Partei muß dies natürlich auch die CDU sein. Aber gerade sie ist der tatsächliche Brandstifter. Zum wiederholten Male hat die CDU auch dieses Jahr die „Asyldebatte“ zum Thema in der Sommerpause gemacht. Generalsabernäpfig organisierte der CDU-Generalsekretär Rühle diese (Fehl-)Kampagne. Er forderte seine Parteifreunde in den Kommunen auf, „die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern“ (taz, 8.10.91). Zu diesem Zweck wurde Material zusammengestellt und herumgeschickt, mit dem Ziel, das Thema im Sinne der CDU hochzupuschen. Kernaussage davon war, daß das Problem nur mit einer Grundge-

setzänderung gelöst werden könne.

Rühle ging noch weiter. Wegen der Weigerung der SPD, einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, will er je den weiteren Asylbewerber alleine der SPD anlasten. Er spricht ganz einfach von „SPD-Asylantern“.

Es ist Lüge und Heuchelei, wenn CDU- und FDP-Politiker sich gegen Gewalttätigkeiten aussprechen, gleichzeitig aber weiterhin von einer „Asylschwemme“ reden, die Ursache der Übergriffe sei. Tatsächlich tragen sie selbst und ihre Untermehrfreunde die Schuld an der heutigen Situation und wollen mit der Asyldebatte nur davon ablenken bzw. andere als Schuldige brandmarken.

Die Politik der Kohl-Regierung führt zu einem finanziellen Ausbluten der Länder und Kommunen (Steuerreform, Kosten der Einheit, Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger usw.). Wenn gleichzeitig noch die Zahlen der Ausreisenden und Übersiedler sowie der Asylbewerber steigen, verschärfen sich die Probleme zwangsläufig. Deutlich wird dies auch an folgenden Zahlen: bundesweit (incl. Ex-DDR) fehlen laut Spiegel (40/91) 2,5 Mio. Wohnungen; ebenso



„Wir sind und wir bleiben ein ausländerfreundliches Land.“ H. Kohl

zusätzliche Bewerber leicht als lästiger Konkurrent angesehen.

Die SPD hat die Möglichkeit, der unsocialen Politik der Kohl-Regierung eine Absage zu erteilen. Würde sie ihre Bundesratsmehrheit sowie die Vertretung in vielen Ländern und Kommunen zu einer Kampagne gegen die Kohl-Politik nutzen, könnte auch die

Hoyerswerda Sympathie für Antifa-Demo

Hoyerswerda ist zu einem Sinnbild für den wachsenden Neofaschismus und Rassismus in Deutschland geworden. Am 29. September, eine Woche nach den Angriffen der Nazis, fand in Hoyerswerda eine antifaistische Demonstration statt. Die Ereignisse, die sich an diesem Tag abspielten, sind von den Medien völlig verfälscht wiedergegeben worden. Die Demonstration sollte um 14 Uhr beginnen und durch das Neubaugebiet von Hoyerswerda, vorbei am Asylbewerber- und Ausländerwohnheim führen. Ziel der Demonstration war es, zum einen klarzumachen, daß die Pogrome nicht wider-spruchslos hingenommen werden und zum anderen, die Leute in Hoyerswerda, die gegen den Ausländerhaß sind, zu ermutigen, sich zu organisieren und selbstbewußt gegen die Nazis aufzutreten.

Nachdem sich die Demonstranten mit ihren 4000 Teilnehmer aus der ganzen BRD pünktlich gesammelt hatte, begann der Zug durch Hoyerswerda. Nach einigen hundert Metern, kurz vor dem Asylbewerberheim, waren mit keinerlei Begründung mehrere Ketten von Bundesgrenzschutz (BGS) und Polizei mit Wasserwerfern aufgestellt, die uns den Weg versperrten. Trotz Verhandlung mit der Polizei war es nicht möglich, die genehmigte Demonstration fortzusetzen. Die Demonstration wurde abgebrochen und versuchte einen anderen Weg zum Asylbewerberheim zu gehen. Nach wenigen hundert Metern, in der nächsten Seitenstraße, kam es wieder zur selben Situation. Die Polizei versperrte ohne Grund den Weg mit Ketten und Wasserwerfern. Hier kam es zu einer Auseinandersetzung mit



dem zum Dialog mit ihnen. Hier zeigte sich, daß viele Hoyerswerdaer sich von der Ausländerhetze distanzieren. Sie verteilten Lebensmittel an die Demonstration und klatschen Beifall. Ein älterer Mann stand auf seinem Balkon und schwenkte die rote Fahne. Die Stimmung wurde zunehmend besser und kämpferischer.

Nach zwei Stunden hat die Polizei ausgegeben und den Weg für die Demonstration freigegeben. Mittlerweile hatten sich mehrere Hoyerswerdaer eingereiht. Jugendliche erzählten mir, daß sie wohl am nächsten Tag in der Schule von Fa-

stimmung in Deutschland schnell umschlagen und weiterer Ausländerfeindlichkeit eine deutliche Absage erteilt werden.

Satdassen beteiligen sich SPD-Vertreter an Abbau von Sozialleistungen, aber auch an der (systematischen) Verschärfung des Asylrechtes bzw. der Lebensbedingungen für Asylbewerber in der BRD. So fordert der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine schon seit Jahren eine Verschärfung des Asylrechtes. Was dies konkret bedeutet, haben Asylbewerber unter seiner Landesregierung bereits 1990 erfahren. Im saarländischen Lebach hatte Lafontaine die Sozialhilfezahlungen an die dortigen Bewohner des dortigen Sammelgeländes neben einem monatlichen Taschengeld in Form von Naturalien aus zahlen lassen. Ähnlich diskriminierende Maßnahmen praktizierte kürzlich der ebenfalls SPD-geführte Kreis Aachen (siehe VORAN Nr. 133).

Es wird Zeit, daß die Spitzen-Gewerkschaften „Feuer unter den Hintern“ bekommen. Zusammen mit den Gewerkschaften sollten sie konkrete Maßnahmen planen, um den Voranschritt der Neonazis zu stoppen. Dies geht allerdings nicht mit einem Verständnis, wie es Hans-Joachim Vogel hat. Er beklagt nämlich, daß Kohl (!) nicht zu einer großen Demonstration gegen den Fremdenhaß aufrufe. Auf die Frage, warum die SPD dann nicht selbst antwortete er: Die SPD solle dies erst dann tun, „wenn wahrscheinlich ist, daß auch mindestens 3-5000 Leute daran teilnehmen“ (taz 9.10.91). Für den 9. Oktober rief in Köln ein (unbekanntes) Aktionsbündnis zur Demo auf: Über 6000 Leute kamen. Wieviel mehr würden erst kommen, wenn SPD und Gewerkschaften dazu aufrufen würden. Andreas Paqué, Köln, Jungsozialist

schisten verprügelt werden, wenn sie an der Demo teilnehmen. Dies sei ihnen jetzt aber egal, weil sie endlich was gegen die Nazis tun wollten.

Skandalöser Polizeieinsatz
Das Verhalten von Bundesgrenzschutz, Polizei und den dahinter stehenden Politikern ist skandalös. Eine Woche lang waren sie angeblich nicht im Stande, die Ausländer vor der rassistischen Gewalt zu schützen. Sie mußten aus Hoyerswerda fliehen.

Nur eine Woche später hat die Polizei die Möglichkeit, mit vier Wasserwerfern, einem Hubschrauber und

den auf den umliegenden Wohnblocks viele Anwohner auf den Balkons. Es

Bremerhaven

Schutzaktion vor Asylwohnheim

Auf das Gerücht hin, daß Faschisten am Wochenende 19./20. Oktober ein Bremerhavener Asylheim angreifen wollten, wurden 50 Nazi-Gegner mobilisiert.

Wir verteilten uns auf verschiedene Wohnheime. Eine größere Gruppe - hauptsächlich Jusos und Autonome - hatte sich ein gefährdetes Heim „vorgenommen“. Dort wurde die Aktion von den Bewohnern sehr begrüßt und wir wurden herzlich empfangen. Es kam schnell zu freundschaftlichen Kontakten mit den Flüchtlingen und zu Diskussionen über politische und andere Dinge. Möglichstweise haben wir durch unser Auftreten einen Angriff abgeschreckt, denn in der Nähe des Heimes wurde mehrtrach ein verächtliches Auto gesehen.

Ein Problem ist, daß wir nicht jede Nacht jedes Heim beschützen können. Daher darf den Flüchtlingen nicht die Illusion vermittelt werden, sie seien sicher. Schutzaktionen sind in erster Linie politische Handlungen, um Solidarität zu zeigen. Aber wir wollen mehr als reine „Mahnwachen“ (nichts gegen deren Motive). Viele Aktivisten sind bereit, den Nazis Banden eine Lektion zu erteilen.

Wichtig ist, wie man an die Flüchtlinge herangeht. Es wäre falsch, sie als von außen zu beschüt-

zende hilflose Opfer darzustellen. Das könnte ihr Gefühl von Angst und Isolation verstärken. Wir müssen sie auch darin bestärken, wachsam zu sein und sich selbst zu verteidigen.

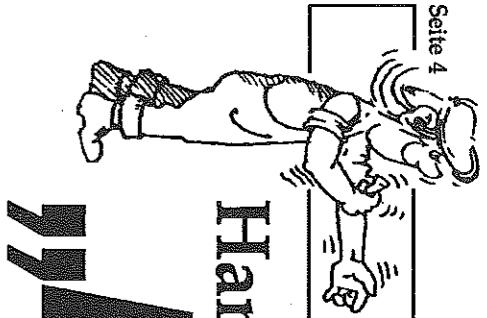
Eine politische Diskussion über ihre und unsere Lebensverhältnisse über Macht- und Besitzverhältnisse in der BRD mit den Flüchtlingen ist hilfreich. Dieser Austausch hilft, das Opfer-/Beschützer-Verhältnis abzubauen und gemeinsam politisches Handeln zu ermöglichen.

Doch die Gleichberechtigung hat Grenzen. Deutsche Nazi-Gegner gehen danach ins sichere Bett für die Flüchtlinge endet diese „Aktion“ nicht. Nächliche Wachen sind ein defensiver Teil der Antifa-Arbeit. Fortschritte kann es nur im Kampf um die Köpfe deutscher Jugendlicher und Lohnabhängiger geben.

Eine Spitze rassistischen Mißtrauens oder butokratischer Schamerei ist, daß es in den Wohnheimen zwar Telefone gibt, aber die entsprechenden Räume nachts abgeschlossen sind. Wir Jusos werden Druck machen, damit nachts abgeschlossen sind. Wir Jusos werden Druck machen, damit die Menschen nachts Zugang zum Telefon im Gebäude haben, um Antifaschisten bzw. die Polizei zu holen, wenn der rechte Mob anrückt. Claus Ludwig, Bremerhaven Jungsozialist

Jugend für Sozialismus

Hamburg



„Autos raus aus der Stadt!“

Stadtbild: Hunderttausende von Autos in den Straßen, lärmend, rasend, bedrohend und luftverpestend. Stadtbild: Die zehnjährige Nicola überquert bei grünem Licht die Ampel, ein LKW fährt bei Rot und zerquetscht das Mädchen. Stadtbild (neu): Tausende von Menschen stehen auf den Straßen, blockieren die Blechlawine - Stadtbild Hamburg.

Das Bewußtsein beginnt sich zu wandeln. Die Geduld mit den unfähigen Politikern ist am Ende, der lautlose Protest wird zum Widerstand vieler.

Nach dem Tod von Nicola zwangen Anwohner, besonders Mütter und ihre Kinder, mit täglichen Blockaden die In-nenbehörde, Tempo 30 einzuführen. Die geforderte Fahrbahnverengung

wurde durch die Markierung einer Busspur umgesetzt.

Diese Maßnahmen waren jedoch nur auf ein Teilstück der Hauptstraße begrenzt. Wenige Wochen später trat die Befürchtung der Anwohner ein: Ein kleiner Junge wurde einige hundert Meter weiter lebensgefährlich verletzt. Sponttan sammeln sich rund 500 Men-

schen auf der Kreuzung. Verzweiflung und Bitterkeit, Wut der Hilflosigkeit - das war die grundlegende Stimmung, aber auch die Entschlossenheit, mit diesem Straßenterror Schluß zu machen, nicht mehr locker zu lassen.

Zwei Wochen zuvor gab es ca. 30 dezentrale Aktionen/Demonstrationen, meist Blockaden: Die großen Kreuzungen gehörten für etwa eine Stunde den Menschen, vor allem den Kindern, die mit Kreide große Autos auf den Asphalt malten, um diese dann genüßlich aber wildernd durchzustrichen.

An den vier Blockadestellen, an denen ich war, kam eine Stimmung auf wie „Uns gehört die Straße, wir stehen hier für das Leben“. Die Fahrradfahrer genossen die freien Straßen, und wir stellen uns vor wie herrlich eine autofreie Stadt sein würde.

„Autos raus aus der Stadt!“ war auch die Forderung, die als Ziel erreicht werden soll, als Übergang Tempo 30 auf allen Straßen, Fahrbahnverengung und fußgängerfreundliche Ampelschaltungen. In Berlin gab es eben-

falls Blockadeaktionen, und wir hoffen, daß die Menschen in anderen Großstädten nachziehen. Daß die Blockaden nicht die Wurzel des Problems anpacken, ist allen klar. Doch zunächst einmal ist es die berechnigte Wut, die ausgedrückt wird.

Ursachen anpacken!

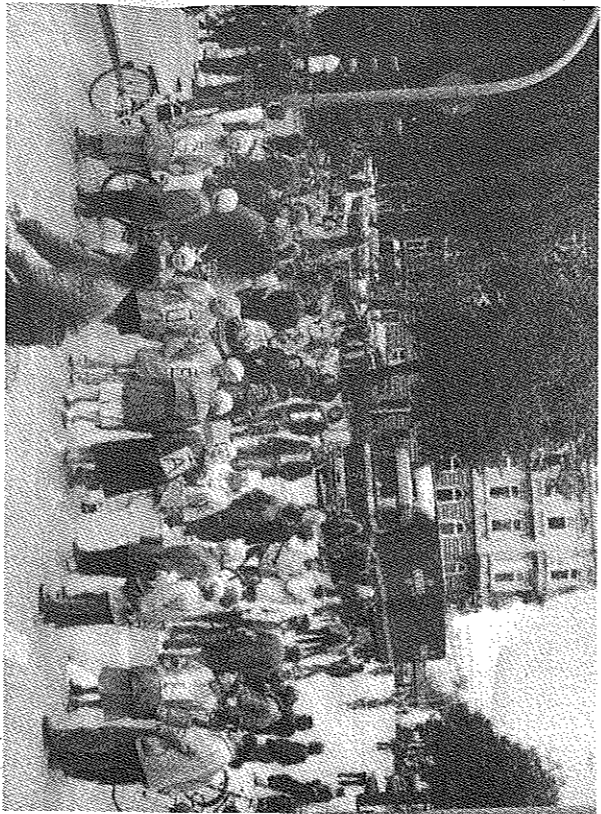
Das muß von der SPD-Spitze und den Mitgliedern vor Ort als Ausgangspunkt für die Organisation der beginnenden Bewegung genommen werden. Sonst kommt es zu einem Ausspielen von Autofahrern und Fußgängern in noch schärferer Form als jetzt. Den Widerstand effektiv organisieren heißt auch, nach vorne gerichtete Forderungen zu vertreten. Ran an die Ursachen: Der öffentliche Nah- und Fernverkehr kann und muß so ausgebaut werden, daß Individualverkehr fast wegfällt würde - der Nulltarif in Bus und Bahn wäre für alle billiger als die horrenden

Umwelt- und Gesundheitskosten. Man stelle sich vor: Allein im Westen gibt es durch den Autoverkehr eine Viertelmillion Verletzte und 11.000 Tote im Jahr... Jedes Jahr sterben so viele Menschen wie Tübinger Einwohner hat. Der Güterverkehr könnte weg von der Straße auf die Schiene verlegt werden.

Das Problem hierbei sind die Interessen der Auto- und Mineralölindustrie. Ihre Großaktionen sacken Jahr für Jahr die Milliarden ein, die im öffentlichen Verkehr fehlen, da sie nicht für die Folgekosten des Auto- und LKW-Verkehrs zahlen müssen. Um eine sinnvolle Verkehrspolitik durchzusetzen, muß die Autobobby entmacht werden - das heißt, die Auto- und Mineralölkonzerne müssen unter demokratischer Kontrolle der Gewerkschaften und der Beschäftigten in Gemeindeforum überführt werden. Für die Umstellung auf umweltfreundliche Produkte liegen heute schon viele Alternativvorschläge der Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall vor: Arbeitsplätze, die eventuell bei der Umstellung verlorengehen, können durch Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohnausgleich erhalten werden.

Solange jedoch die SPD-Spitze den Profitinteressen der Ölkonzerne und der Automobilindustrie mit dem moralischen Zeigefinger in der Nase gegenübersteht, ansatz dagegen kein Kampf der Bevölkerung zu organisieren, solange SPD-Politiker weiterhin das Verkehrsproblem als isoliertes „Politikfeld“ von Fachidioten sehen, solange wir die SPD nicht umbauen zu einer kämpferischen Partei, solange wird sich grundlegend wenig ändern.

Jens Brenig, Hamburg
Jungsozialist



Blockade der Stressemannstraße.

Schon gewußt?

- Der Straßenverkehr produziert als Umweltverschmutzer Nr. 1 in der BRD jährlich 1,65 Mio. Tonnen Stickoxide, wobei die LKWs die Hälfte davon ausmachen.

- Der LKW-Gütertransport ist 8,7mal energieaufwendiger als der Bahr-Transport, die Luft wird dabei 30mal mehr verschmutzt (Untersuchung der Prognos AG von 1985).

- Die geschätzten gesamtgesellschaftlichen Kosten des LKW-Verkehrs belaufen sich auf 20 Mrd. DM

jährlich.

- Nach anderen Schätzungen sind allein die Umweltschäden des gesamten Straßenverkehrs mit 60 Mrd. DM pro Jahr zu beziffern.

- Das jährliche Defizit der deutschen Bundesbahn beträgt dagegen nur 4 Mrd. DM.

- Der Anteil der Bundesbahn an der Personenbeförderung ging von 16,5% (1960) auf 5% (1989) zurück. Seit 1970 wurden jährlich ca. 140 km weniger benutzter Strecken stillgelegt.

Libeck Noch mehr Autobahnwahn?

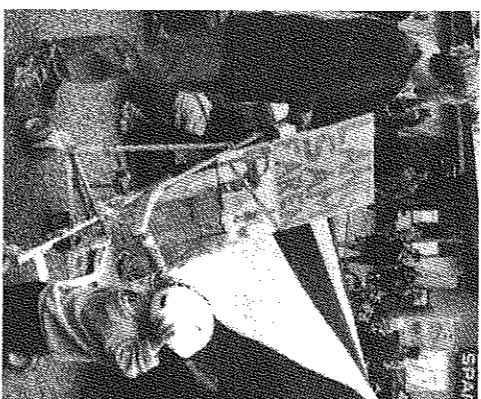
Es ist gar nicht lange her, da machte Lübbeck bundesweit Schlagzeilen: Es war die erste Großstadt, die ihren Stadtkern für den Individualverkehr sperre, zunächst zwar nur an Wochenenden, aber immerhin.

Es sah so aus, als hätten die Kommunalpolitiker begriffen, daß die Zukunft dem öffentlichen Personennahverkehr gehört und dem drohenden Verkehrsinfrakt konsequent begegnet werden muß. Doch dieses gehört seit kurzem der Vergangenheit an - Lübbeck soll eine neue Autobahn bekommen, die „Ballische Magistrale“ oder kurz A20. Geplant ist eine Trasse von Lübbeck über Wisnar und Rostock bis nach Polen. Sie soll mit Hilfe von Verkehrsminister Krause „Ernährungs-gesetz“ im Han-Rück-Verfahren realisiert werden. Der Grund ist klar: Die durch den Zusammenschluß der DDR eroberten Absatzmärkte müssen möglichst schnell erschlossen werden.

Natürlich wird von den Autobahn-befürwortern das Totschlag-Argument

„Arbeitsplätze“ angeführt: Autobahn = bessere Infrastruktur = neue Gewerbeansiedlungen = neue Arbeitsplätze. Wer also gegen die A20 ist, ist gegen Arbeitsplätze und sogar gegen unsere neuen Mitbürger. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Froschmeier, SPD: „Wir können doch nicht verlangen, daß unsere neuen Mitbürger sich mit einem geringeren Lebensstandard zufriedengehen als wir. Sie wollen ebenso Autofahren - ob es vernünftig ist, sei dahingestellt. Und sie werden es tun. Man kann ihnen doch auch nicht verbieten, was jeder tut.“

Niemand wird bestreiten, daß es um die Wirtschaft in Mecklenburg schlecht bestellt ist, doch ist es eine Illusion zu glauben, daß durch den Bau einer Autobahn das versprochene Wirtschaftswunder in Mecklenburg Einzug halten wird, zumal Lübbeck, Rostock und Wisnar allesamt Hafenstädte sind, deren Wirtschaftszentren nicht zweiseitig verhandelt verhandelt, sondern ins Inland gerichtet sind. Auch dem Individualverkehr wäre durch eine Autobahn nicht gedient, da nur ca. 30% tatsächliche Fernverkehrs sind, der Rest stammt aus dem Umland (20-30km) und könnte über Bundes- bzw. Landes-



Auch Kinder demonstrieren.

straßen abgewickelt werden. Parallel hierzu müßte ein kombinierter Verkehr-Wirtschaftskonzept erstellt werden, das aufzeigt, wo sich welcher Verkehr entwickeln und wie er von der Straße auf die Schiene oder von PKW auf den Bus verlegt werden könnte. Ideen hierfür gibt es genug (Stadtbahn, Park- and Ride, Dorfbus, Nulltarif etc.), doch werden von Regierungsseite nur unterschiedliche Autobahnvarianten untersucht, jedoch keine Alternativen.

Doch das letzte Wort in Sachen A20 ist noch nicht gesprochen. Da die Autobahn nicht nur ökonomisch sinnlos ist, sondern auch gravierende ökologische Eingriffe für Lübbeck bedeuten würde, haben sich in den betroffenen Ortsteilen etliche Bürgerinitiativen gegründet, die zusammen mit einigen SPD-Ortsvereinen gegen dieses Projekt Sturm laufen.

Wenn Bundesverkehrsminister Krause meint „... der eine oder andere Frosch müßte sich ein neues Biotop suchen“, halten wir ihm entgegen: Der eine oder andere Minister sollte sich einen neuen Job suchen.

Volker Hufnagle, Lübbeck
Jungsozialist

Für den Erhalt von DT64

DT64 ist der einzige Jugendsender Deutschlands - ein Überbleibsel aus der ehemaligen DDR. Mit seinem Programm richtet er sich vor allem an jüngere Hörer. Jedoch auch „Ältere“ kommen nicht zu kurz.

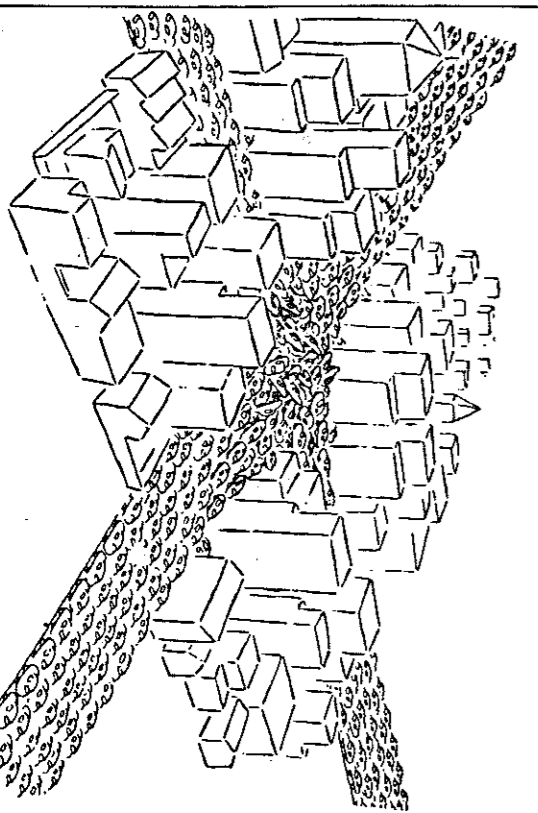
DT hat für jeden etwas, von der Sendung „Morgensrock“ angefangen, über den „Lockruf“ und die „rush-hour“, den „Zeigeist“ oder „Veto“. An guter Musik fehlt's nicht und der Zeit wird außerdem noch kritisch auf die Finger gesehen, ohne Ausparnungen. Im großen und ganzen könnte man mit dem Lauf der Dinge zufrieden sein, wenn DT sich nicht, wie so zierlich in aller noch nicht privatisierte Eigentum, in der Abwicklung befinden würde. Denn am 31. Dezember dieses Jahres macht der Sandmann diesem Sender vorarsichtlich das Licht aus, wenn es nach dem Willen der Herren Mühlentzel („Medienexperte“ der CDU) und Kon-

sorten geht.

Schon einmal waren Wünsche nach der Abschaltung DTs geäußert worden. Vor einem Jahr am 6. September, war DT von den Sendefrequenzen gesperrt worden, die dann vom RIAS Berlin übernommen worden waren. So wird Medienpolitik gemacht!

Doch den ausgekochten Medienpolitikern machte damals ein republikweiter Protest in der damaligen DDR einen verdänten Strich durch die Rechnung. Jetzt soll DT für immer ausgelöscht werden. Auch auf die Angehörigen, die DT diesen Herren machte, etwa den Sender privat weiterzubetreiben, reagierte man negativ. So sieht die Wirklichkeit der Marktwirtschaft aus: Die Profitinteressen regieren und die Hörer werden übergegangen.

Als DT am 13. September diesen Jahres den Ernstfall der Abschaltung probierte, wurden viele Hörer aufgeschreckt.



Hat DT64 nur noch eine Zukunft als Piratensender? Was für Alternativen gibt es denn in Deutschland? Keiner! DT64 ist zur Zeit der einzige lebendige Farb- fleck in der sonst so tristen Radio- und Medienlandschaft in Deutschland. Wer für das Abschalten von DT64 das Wort ergreift, sollte überlegen, ob sich nicht ganz andere Sender als Überbleibsel des Kalten Krieges selbst überlebt haben, wie z.B. RIAS (Radio im amerikanischen Sektor!) oder der Sender Freies Berlin? Man muß den sogenannten Medienpolitikern endlich zeigen, daß sie nicht so einfach über unsere Köpfe hinweg entscheiden können.

Wer sich für den Erhalt von DT64 einsetzen möchte oder mehr Infos haben will, wende sich bitte an „Jugendradio DT64“, Nalepastraße 11, O-1160 Berlin.

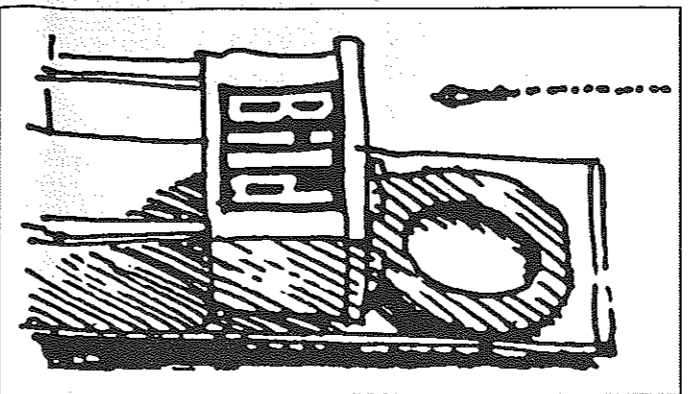
Kim Lewemann, Lübbeck
Jungsozialist

Aachen

BILD-Auslieferung behindert

Am frühen Morgen des 2. Oktober 1991 um 2.30 Uhr trafen sich bei beißender Kälte ca. 50 junge Leute in Aachen, um eine Aktion gegen die BILD-Zeitung zu starten. Diese hatte sich in den letzten Wochen durch ihre massive Asylantenhetze, insbesondere durch ihre auffallenden Werbepakete an Bushäuschen hervorgetan.

Wir versammelten uns an geheimer Stelle unter Bäumen und manch einer wußte gar nicht genau, wie die Aktion ablaufen sollte. Durch dunkle und verlassene Feldwege schlich man sich in Robin-Hood-Manier und mit Klassenkämpferischem Instinkt an das Betriebsgelände des hiesigen Zeitungsverlegers heran. Dann auf das Kommando zweier vorausgehender Späher hin stürmten wir in vollem Spurt auf einen dort stehenden Liefer-



wagen zu, den wir dann umkreisten, sehr zur Verwunderung der dortigen Arbeiter. Reichlich ernüchternd war jedoch die Feststellung, daß dieser keine einzige Zeitung geladen hatte. Sehr schnell verständigten wir uns darauf, die Aufsicht des Betriebsgeländes zu blockieren.

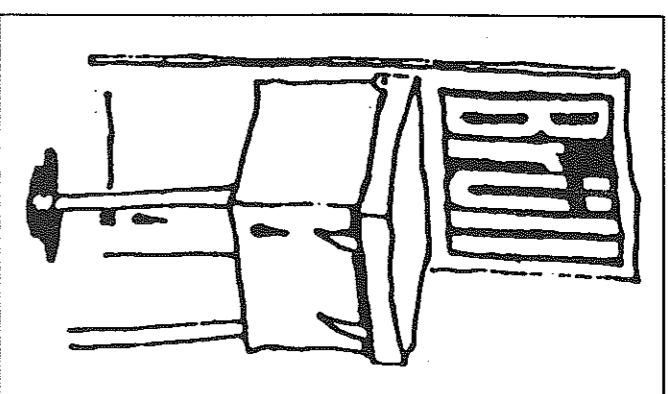
Der schon kurz darauf aus dem Bett gestürzte Chef kündigte an, daß er sich auf die Herren in Grün voll verlassen und das Gelände räumen lassen würde. Die ein wenig später zaghaft eintreffende Polizei begann aber ihre Arbeit damit, uns einen Kompromißvorschlag zu unterbreiten. Die Blockade sollte nur die Auslieferung der BILD-Zeitung verhindern, alle anderen Zeit-

ungen müsse man ungehindert durchlassen. Vier von uns durften sogar in das Lager des Betriebes, um das Beladen der Lieferwagen zu kontrollieren. Die Erfahreneren unter uns Aktivisten, insbesondere wir Jusos, überlegten verwundert, warum sich die Polizei so zögerlich verhielt und das Gelände nicht wie sonst üblich (gerade bei einer so geringen Zahl von Demonstranten) sofort räumte. Wir fanden jedoch eine Erklärung darin, daß diese Aktion für die Polizei völlig unerwartet kam. Zudem schienen ihr die Hintergründe nicht völlig klar zu sein.



Etwa 2 1/2 Stunden lang dominierten wir das Gelände und es wurde so gar toleriert, daß wir jeden das Gelände verlassenden Lieferwagen nochmals auf BILD-Zeitungsladungen überprüfen.

Doch leider wendete sich das Blatt, die Polizei schien sich endlich informiert und koordiniert zu haben. Sie hatte sich auf ca. 40 Beamte verpflichtet, die sich mit ihren auf Menschengerechten Hundenzum Angriff bereit aufstellten. Gleichzeitig mußten die vier von uns, die das Lager kontrollierten, das Gelände verlassen - unter der Androhung, man würde gegen sie Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstatten. Alle Voraussetzungen für eine Räumung waren nun gegeben, zudem hatten sich unsere Käffe aufgrund der Kälte um die Hälfte reduziert.



anlaßt, den Ort zu verlassen. Die Autonomen jedoch sahen es an dieser Stelle wieder mal als sinnvoll an, sich an der Staatsgewalt aufzuerheben.

Für uns war die Aktion ein gewisser Erfolg, hatten wir doch 2 1/2 Stunden lang die Auslieferung eines Betriebes kontrolliert. Schade, daß die hiesige Presse nicht anwesend war, obwohl sie zu dieser Aktion eingeladen worden war. Im Fernsehen jedoch konnte man am folgenden Abend verfolgen, wie die Polizei das Gelände unter kleinen Ranzeln räumte.

Richard Ludwig, Aachen
Jungsozialist

Studentenwerk Aachen Eine Menge Wut

Die ca. 300 Beschäftigten des Studentenwerks gingen am 17. Oktober geschloßen auf die Straße und marschierten durch die Stadt zum SPD-Parteibüro. Ihr Unmut galt der NRW-SPD-Landesregierung, insbesondere der Wissenschaftsministerin Anke Brunn.

Trotz der Arbeitszeiterkürzung in den letzten Jahren und obwohl es einen Anstieg der Studentenzahlen gegeben hat (allen in diesem Jahr um 5000 auf 55.000), sind keine zusätzlichen Stellen für den Küchenbetrieb genehmigt worden. Die Schlangen vor der Mensa werden immer länger und die Beschäftigten (meist Frauen) haben durch die untragbare Belastung nach wenigen Jahren die Wirbelsäule kaputt. Im Betriebsamt (Amt für finanzielle Förderung

der Studenten aus weniger betuchten Familien) stapeln sich die Anträge, die mangels Personal nicht bearbeitet werden können. Studenten müssen bis zu sechs Monate auf ihre Gelder warten. Dementsprechend war die Stimmung auf der Demo geladen und die gerufenen Sprüche zornig: „Anke heißt sie, uns beschließt sie“, „Anke in den Wald oder die Küche bleibt kalt“, „Planstellen müssen her oder Anke kann die Kartoffeln selber schälen“, „Manni Engelhardt, Personalarbeitsrat, wies in einer kämpferischen Rede darauf hin, daß dies nur ein Auftakt zu weiteren Aktionen in den Universitäten in NRW sei. Die Beschäftigten haben durch verschiedene Protestaktionen und Warnstreiks nichts erreicht, jetzt werden sie auf die Straße gehen

Juso-Bundesverband Und er bewegt sich doch...

Es war einmal, genau ein Jahr nach der Vereinigung zweier deutscher Staaten, da bewegten sich Jungsozialistinnen aus dem ganzen Bundesgebiet auf die Stadt Leipzig zu. Bewegungsaufgerufen hatte sie der Juso-Bundesvorstand zu einer Großveranstaltung unter dem Motto „Einheit kommt von unten - und sie bewegt sich doch!“.

Mit erwartungsvollen Bewegungen kamen versammelten sie sich zusammen mit vielen LeipzigerInnen auf dem Marktplatz und harrten der Dinge, die sich da bewegen sollten.

Auf dem Hauptpodium bewegte sich zunächst nicht viel, später dann das Programm um so schneller. Vom Kabarett zur Wohnungsnot, von einer Musikgruppe zum „Asylproblem“ zur Theatralen zum Kabarett. Zu jedem politischen Thema durften sich Experten und die anwesende SPD-Prominenz - ab und zu bewegte sich auch ein Juso dazwischen - kurz äußern.

Während ein Teil des Publikums sich diesen weltbewegenden Statements widmete und manchmal sogar Fragen stellen durfte, bewegten sich andere eher in Richtung auf die unmittelbaren

Imbissstände zu - oder zu den Info-Ständen.

Aber es gab noch mehr Bewegung: Einige VORAN-unterstützende Jusos ließen wieder mal nichts unbewegt, um ihre Zeitung an die Frau bzw. den Mann zu bringen.

NOCH mehr Bewegung kam auf, als der Juso-Bundesvorstand diesem bewegten Treiben nicht bewegungslos zusehen wollte. Gemeinsam mit dem Mieter des Platzes („Das ist mein Platz“) wollte uns man uns den Verkauf schlicht verbieten. Eine Begründung hielten die beiden nicht für nötig. Damit lösten sie aber unvorsichtigerweise weitere Bewegung aus. Und die kam - von der Basis, der vielzähligeren Basis in Gestalt der Umstehenden war mit solcher Auslegung von innerparteilicher Demokratie und freier Meinungsäußerung nicht so ganz einverstanden. Es bildete sich ein bewegter Diskussionszirkel, in dessen einer Hälfte heftig mit dem Möchtegern-Zensoren gestritten wurde, in der anderen Hälfte wurden derweil so viele Zeitungen zum Soll-Preis verkauft, daß Nachschubprobleme auftraten.

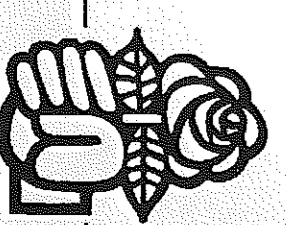
Auch einige Mitglieber des Juso-Landesvorstands Baden-Württemberg protestierten gegen das Verbot.

Angesichts dieser Reaktionen und der Tatsache, daß wohl kaum ein Ordnungsin zu bewegen gewesen wäre, uns vom Platz zu tragen, zogen die beiden schließlich wieder ab.

Der Zeitungsverkauf ging bewegt weiter, wir konnten sogar einen Info-Stand aufbauen. Das Interesse war so groß, daß ein einzelner Juso 60 Menschen dazu zu bewegen konnte, die VORAN zu erstehen.

Angesichts dieser Reaktionen kann man doch bewegt hoffen, daß sich die SPD und die Jusos in kommenden weltbewegenden Bewegungen der Arbeiterbewegung bewegen - bzw. von unten bewegt werden!

Gisela Neunhöffer, Stuttgart
Jungsozialistin



... mach' mit bei den Jusos!

Nigerianische Studenten in Haft „Der Kampf muß weitergehen“

Vier Studenten der Ife Universität in Nigeria droht die Todesstrafe auf Grund gefälschter Mordanklagen. Dieser Komplot ist Teil einer Unterdrückungswelle gegen Studententempete. Wir berichteten über den Fall in der letzten Ausgabe (Nr. 134). Im Folgenden ein Brief von einem Studenten aus Nigeria an die Kampagne für die Freilassung der „Vier von Ife“.

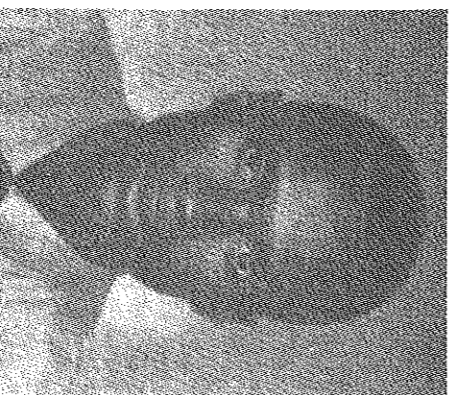
„Liebe Genossen,
ich bin wirklich dankbar für alles was Ihr tut, um der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen. Die Verletzungen der Menschenrechte in Nigeria sind zu schlimm. Wir werden wie Tiere behandelt und wir haben kein Recht, irgendeine Meinung zu äußern, die von der Regierung abweicht.

Ich habe gerade meinen Abschluß an der juristischen Fakultät der Universität von Jos gemacht und werde im Oktober auf die Justizschule überwechseln.

Aber die Universität hat mich und neun andere Studenten suspendiert und 14 Studenten, einschließlich Kayode Ogundamisi, der jetzt seit vier Monaten in Haft ist, entlassen. Er ist der Generalsekretär der Studentengewerkschaft der Universität von Jos. Er hat auch eine Militärgerichtsverfahren vor sich, zusammen mit zwölf anderen.

Viele andere Studenten von Universitäten aus dem ganzen Land sind in der Folge der Studententempete vom Mai suspendiert oder entlassen worden.

Alles was wir der Regierung während dieses Protestes erklärt haben, war, daß wir Bildungsreformen wollen und daß unsere Regierung diese Reformen durchführen



Kayode Ogundamisi könnte, da sie auch Geld für andere Dinge hat, wie beispielsweise für die Durchführung des Treffens der Afrikanischen Einheit oder für die Guerilla-Trainings, die sie in Liberia finanziert.

Der Kampf muß weitergehen.“
Kayode Ogundamisi ist jetzt nach 119 Tagen Haft und Folter entlassen worden - ein Ergebnis der internationalen Solidaritätskampagne. Die „Vier von Ife“, Adoola Soetan, Abass Ayodji, Anthony Fasayo und Wásin Atolabi sind jedoch noch in Haft. Schickt also weiter Protestbriefe von SPD- und Gewerkschaftsunterstützungen und von Schülern und Studentenorganisationsen an Botschaft von Nigeria, Goldweg 13, 5300 Bonn 2, Telefon 0228/322071. Schickt bitte eine Kopie an die Redaktion.

Frauenrechte

Gegen die Heuchelei von Kohl und Kirche

Weg mit dem §218!

Geschichtlicher Hintergrund

*Die sol man lebendig in ein grab,
ein dornen heck auf iren leib legen,
sie mit erde beschutten,
und ir ein eichen pfal durch ir hertz schlan.*

(Mittelalterlicher Rechtskodex: Strafe für Abtreibung; Kauber: Abtreibung; im Sammelband Sexualkatakstrophen, Leipzig 1926, S. 113)

Vom Mittelalter bis

zur Weimarer Republik

Pöhlen, Entzungen, Zwickeln mit glühenden Zangen und anderes mehr waren die gängigen Strafen für Abtreibungen und Kindsmörderinnen in der mittelalterlich-christlichen Zeit. Aus dem vorausgegangenem Vers wird deutlich, daß es schon damals nicht um den Schutz des werdenden Lebens ging, sondern vielmehr um die Bestrafung der Frau, bis hin zu ihrem Tod.

Derartige Foltermethoden gehörten der Vergangenheit an. Andere, „zeitgemäße“ Strafen sorgten für die Verfolgung der abtreibungswilligen Frauen.

Im März 1871 trat der Paragraph 218 in Kraft. Zwar wurde die Abtreibung aus dem Strafbereich Mord herausgenommen, so daß die Strafen etwas milder ausfielen und die Situation der Frau sich im Vergleich zu früher ein wenig verbesserte, jedoch war der Paragraph im europäischen Vergleich ein Rückschritt. In Frankreich, England und Österreich verfolgte man die Abtreibung als „Straftat“ allgemein nachlässiger.

Die katastrophale soziale Lage der Bevölkerung ließ die Dunkelziffer der Abtreibung zu Beginn des 20. Jahrhunderts ins Unermessliche steigen. Viele Familien waren unter der Kaisermonarchie und der späteren Weimarer Republik nicht in der Lage, ihre Kinder ausreißend zu ernähren oder ihnen eine Ausbildung zu finanzieren. Die Folgen der Arbeitslosigkeit, der Inflation und der Aussperrungen hatten vor allem die Arbeiterinnen zu spüren bekommen. Eine unerwünschte Schwangerschaft trieb sie oftmals zu sogenannten Kurpfuschern, die mit lebensgefährlichen Methoden arbeiteten. So stiegen mit den Abtreibungen auch die Todesfälle, denn nur wenige Ärzte erklärten sich bereit, den auch für sie strafbaren Eingriff illegal durchzuführen. Viele jener „Sozial-Ärzte“ wurden Opfer der Justiz und mußten langjährige Haftstrafen in Kauf nehmen.

In der Reihe der Sozialisten, Kommunisten und Liberalen mehrten sich in den 20er Jahren die Stimmen, die für eine Reform des Paragraphen eintraten. Die sozialdemokratische Fraktion brachte am 31.7.1920 einen Antrag im Reichstag ein, der jedoch später abge-

lehnt wurde. Er lautete folgendermaßen: „Die in den Paragraphen 218 und 219 des StGB bezeichneten Handlungen – also Abtreibungshandlungen der Schwangeren selbst oder solche mit ihrem Einverständnis – sind nicht strafbar, wenn sie von der Schwangeren selbst oder einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzt innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen werden.“

Die Gegner der Reform des 218, zu denen leider auch viele Sozialdemokraten gehörten, sahen in der Aufhebung der Strafbarkeit die Gefahr des Moral- und Sittenverfalls. Zudem sei der Eingriff, auch wenn er von Ärzten durchgeführt wird, sehr gefährlich. Wirtschaftliche Gründe dürften ihrer Meinung nach kein Grund sein, wendendes Leben zu zerstören. Der 218 war also keine Frage von Leben und Tod, sondern Sitte und Moral, Gemütskur usw.

Der Stadtpunkt der Kirche ist hier eines längeren Zitats würdig. 1922 schrieb der Pastor Legius in der Zeitschrift „Reformation“: „Zu bedauern ist es, daß nicht die meisten bei den Abtreibungsprozeduren eingehen – als abschreckendes Beispiel für die Irregulierten und Leichtgläubigen. Ertrottelcherweise kommt ja ein erheblicher Prozentsatz moderner Berühmten zu Strafe für ihre Fruchtbarkeiten in diesen sogenannten Wochenbetten um. Es ist zu bedauern, daß immer noch viel zu viele dieser unnützen Weiber am Leben bleiben.“ (Klauber, a.a.O. S. 121)

Die Pöbel-Enzyklika vom 31.12.1930 bekräftigte wiederholt die Notwendigkeit der Bestrafung der Abtreibung durch die staatliche Autorität. In der Weimarer Republik gab es durchaus gute Chancen, den 218 zu reformieren. Außer einer Gesetzesnovelle, die lediglich das Strafmaß und die Strafbegründung ein wenig gemäßigter formulierte, hat sich auf diesem Gebiet nicht viel geändert. Die Chancen sind bedauerlicherweise mitunter durch die Sozialsvertan worden. Sie sprachen viel von Reformen, doch auch als Gustav Radbruch Justizminister wurde (er prägte den Satz: „Es hat noch nie eine reiche Frau vorm Kadi gestanden.“), waren dies nur Worte, denen keine Taten folgten. Die Reformen verloren immer mehr an Boden gegenüber den Kirchen, Zentrumspartern, Rechten, va-

terländischen Frauenvereinen und den Faschisten.

Während des Faschismus und in der Nachkriegszeit

Im Nationalsozialismus wurden alle Bestrebungen zur Gleichberechtigung der Frau zunichte gemacht, darunter auch der Kampf gegen den 218, der am Ende der Weimarer Republik von dem Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf (KPD-Mitglied, bekannt durch das

KZ verurteilt werden. (Als Frau wurde sie von den Nazis für den Geschlechtsverkehr nicht verantwortlich gemacht; dieser Akt konnte nur im Ermessen des Mannes liegen.)

Andererseits wurden jüdische Frauen zwangssterilisiert, in den von den Deutschen besetzten Gebieten wurde zu Verhütung, Abtreibung und freiwilliger Sterilisation ermuntert. Dort wurde den Frauen eingerichtert, daß es schändlich sei, viele Kinder zu haben –



Theaterstück „Cyankali“ von 1929) und dessen Kollegin, Dr. Elise Kienle, angeführt wurde, die beide 1931 wegen illegal durchgeführter Abtreibungen inhaftiert worden waren. Die KPD sah damals im 218 einen Klassenparagrafen gegen die Arbeiterklasse, kein patriarchalisches Unterdrückungsinstrument gegen alle Frauen. Daher bestand ihr letztes Ziel auch nicht in der Freigabe von Verhütung und Abtreibung, sondern in der Herstellung von matriellen Verhältnissen, die Frauen die Mutterschaft ermöglichen.

Daß der 218 ein Instrument für Bevölkerungspolitik in den Händen der Regierenden ist und nichts mit Lebensschutz und Moral zu tun hat (außer mit einer den Herrschenden dienenden Moral), zeigt sich nirgends deutlicher als in der Zeit des sogenannten 3. Reiches. Im Zuge des Gesetzes vom 28.2.1933 „Zum Schutz von Volk und Staat“ wurde die Abtreibung verboten, ebenso wurden Einrichtungen zur Familienplanung, Sexualberatung u.ä. geschlossen. Später wurde der Schwangerschaftsabbruch eines arischen Fötus wegen Angriff auf die „Lebenskraft des deutschen Volkes“ mit dem Tode bestraft. Ebenso übte man (laut Verordnung von 1940) konnte ein „Rassenschänder“ bestraft werden, d.h. ein Nicht-Arier, der geschlechtlich mit einer Deutschen verkehrte. Die beteiligte „ehrvergesene Deutsche“ konnte zu

denn es ging Reichsführer Himmler darum, „gutrasiges Blut“ zu bekommen.

In Deutschland sollte in zahlreichen Militärschulen der „verschittete Wille zum Kind“ wieder geweckt werden. Dies geschah vornehmlich mit sogenannten „positiven“ bevölkerungspolitischen Maßnahmen wie Ehenstandardschulen, Kinderheile, Mutterkreuz und natürlich Propaganda, in der etwa seit 1939 von der „Geburtenschlacht“ die Rede war, die für Himmler genauso wichtig wurde wie der militärische Sieg. Zur „negativen“ Bevölkerungspolitik zählten u.a. das Ehegesundheitsgesetz von 1935, das u.a. die Ehe bei Krankheit verbietet und eine Untersuchungspflicht zum Nachweis der Zeugungs- und Gebärfähigkeit bei einer Heirat enthielt.

Oder das „Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses“, dessen Durchführung 1939 angeordnet wurde, erlaubte Zwangssterilisationen oder Schwangerschaftsabbruch aus rassenspezifischen Gründen. Für Ehepaare, die mehr als fünf Jahre nach der Heirat noch kinderlos waren, wurde ein „Strafsteueratz“ eingeführt.

Dies sind nur einige von den Nazis eingesetzten Maßnahmen, die Frauen dazu zwingen sollten, dem deutschen Volk Soldaten zu gebären und dem angeblich drohenden „Volkstod“ entgegenzuwirken. (Ziel der Nazis: bis 1980

sollte das Reich 120 Millionen arische Bürger haben.) Diesem von perversem Rassenideologie geprägten Ziel wurde schließlich auch nach und nach die bürglichen und christlichen Werte geopfert, wenn z.B. „biologische Ehren“ gepriesen wurden, womit z.B. der Urstand gerechtfertigt wurde, daß 193 ca. 1000 14- bis 16jährige Mädchen schwanger vom Nürnberger Partheia zurückkehrten. Oder als Hitler 1944 die Ehe zum „satansischen Werk der katholischen Kirche“ erklärte, wo er doch zuvor versprochen hatte, die gesunde Familie wiederherzustellen. Die Ehe ja nicht doch gestattete es einem Mann ja nicht mehrere Frauen zu „betruhen“ – angesichts der auf 3-4 Millionen geschätzten alleinstehenden Frauen bei Kriegsende eine für Hitler unerträgliche Vorstellung.

Als es am Ende April, Anfang Mai 1945 zu Massenvergewaltigungen an deutschen Frauen kam, war für die Abtreibung dieser unerwünschte

Leibesfrüchte schon vorgeschrieben worden: mit dem Erlaß vom 1. März 1945 des Reichsministerreform des 218. Lediglich die T desstrafe bei Beeinträchtigung der „Lebenskraft des deutschen Volkes“ von 1945 wurde 1953 abgeschafft, ebenso ein erhöhtes Strafmaß für die Anpreisung von Abtreibungsmitteln. 1969 trat weitere Rücknahmen von verschärften Strafbestimmungen der Nazis in Kraft. Jedoch kam bis zum 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts (5-StRRG) vom 18.6.1974 zu keinen neuemswerten Veränderungen.

In den ersten Nachkriegsjahren gab es nur eine kurzandauernde Diskussion um die Abtreibung, aber keine grundlegende Reform des 218. Lediglich die T desstrafe bei Beeinträchtigung der „Lebenskraft des deutschen Volkes“ von 1945 wurde 1953 abgeschafft, ebenso ein erhöhtes Strafmaß für die Anpreisung von Abtreibungsmitteln. 1969 trat weitere Rücknahmen von verschärften Strafbestimmungen der Nazis in Kraft. Jedoch kam bis zum 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts (5-StRRG) vom 18.6.1974 zu keinen neuemswerten Veränderungen.

„Meine Hochachtung gilt unseren Müttern, die ein Leben lang ihre Pflicht getan haben, ohne zu protestieren, die nicht demonstrieren konnten – gar nicht wissen, wie das geht.“

Helmut Kohl, 1988

Streit um die Fistenregelung

Zu Beginn der 70er Jahre gab es eine erste wirkliche Chance, den 218 zu reformieren. Aus den Reihen SPD/FDP-Fraktion kam der Vorschlag der Fistenregelung. Diese von 6 Fraktionen vorgeschlagene und später vom Bundestag angenommene Fristenregelung (1974) war von folgenden wägungen geprägt: Die Strafanhang sollte im Interesse einer Verbesserung der Beratungssituation während der ersten drei Monate zurückgenommen werden. Begründet wurde dies mit dem Vorschlag, daß die Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch in „Tiefen der Persönlichkeit“ getroffen werde. Eine Strahandrohung könne nicht mehr greifen. Eine abtreibungswillige Frau lasse sich auch unter Strahandrohung von ihrem bereits gefällten Entschluß nicht mehr abbringen.

Der Schutz des werdenden Lebens sollte also von nun an durch ein Lebungssystem gewährleistet werden



Frauen demonstration 1928 in Leipzig.

Frauenrechte

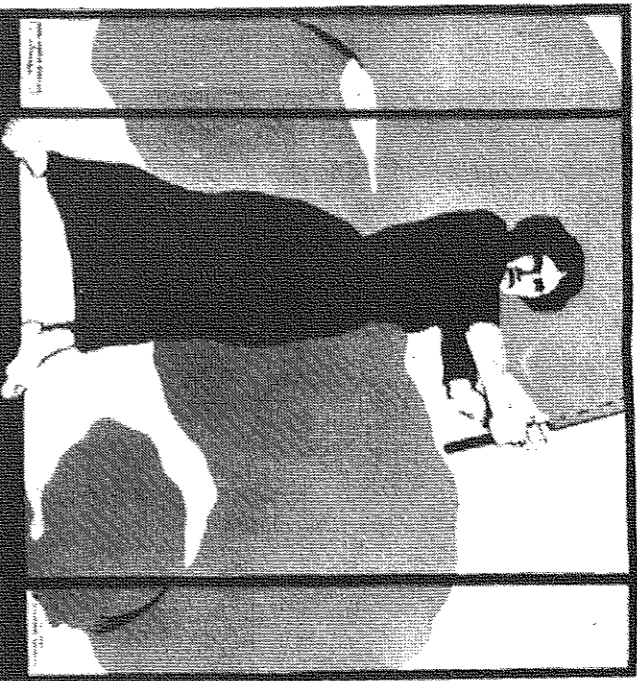
dessen Benutzung die Frauen durch eine Strafandrohung gezwungen wurden. Auch wenn der Frau die letzte Entscheidung gegeben wird, so ist sie doch zur Beratung verpflichtet, also immer noch der „Staatsaufsicht“ untergeordnet. Nach Ansicht der SPD- und FDP-Fraktion wurde der Gedanke von der Schwurwürdigkeit oder Schutzbedürftigkeit des ungeborenen Lebens durch die Fristenregelung nicht aufgegeben. Das Strafrecht sei dazu jedoch nicht das geeignete Mittel. So-

218a: Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten zwölf Wochen: „Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht nach 218 strafbar, wenn seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen verstrichen sind.“

von Strafe für die Frauen und Ärzte schien nach Meinung der Richter der Verfassungsnorm am ehesten zu entsprechen.

Die gegenwärtige Situation

Zur Unterstützung der strafrechtlichen Reform durch sozialpolitische Maßnahmen beschloß der Deutsche Bundestag am 21.3.1974 das „Gesetz über ergänzende Maßnahmen“. Die Frau sollte Anspruch auf ärztliche Beratung über Fragen der Empfängnisverhütung sowie auf ärztliche Hilfe bei straffreiem Abbruch als Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialhilfe haben.



ist (Indikationenregelung). Es sollte aber grundsätzlich jede Frau bestraft werden, die aborrt, ohne von einer Beratungsstelle oder von einem Arzt beraten worden zu sein.

Der Bundesrat bezeichnete den Gesetzesbeschluss als zustimmungsbedürftig. Er versagte ihm die Zustimmung und legte vorsorglich Einspruch ein. Auch dem Ergänzungsgesetz wurde die Zustimmung verweigert. Der Bundestag hingegen betrachtete dieses Gesetz als nicht zustimmungsbedürftig und wies den Einspruch am 5.6.74 zurück. Gemäß der Neufassung des 218 werde jede Frau bestraft, die am 13. Tag seit der Empfängnis abtrifft, aber – und so lautete die umstrittene Fristenregelung:

wie z.B. das Fehlen von Zeit und Kraft für ein weiteres Kind oder die Gefährdung von Ausbildung oder Arbeitsplatz.

Tatsache ist – wie jede weiß –, daß das Reformgesetz aufgrund der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts am 25.2.1975 nie in Kraft treten konnte. Wieder einmal wurde gegen den Willen und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in der BRD entschieden. Der Schutz des ungeborenen Lebens unter Androhung

Faktoren zusammenwirken, wie z.B. das Fehlen von Zeit und Kraft für ein weiteres Kind oder die Gefährdung von Ausbildung oder Arbeitsplatz.

In der praktischen Handhabung des 218 gibt es erhebliche Diskrepanzen zwischen den einzelnen Bundesländern. Schon in der alten BRD hätte sich ein Nord-Süd-Gegensatz ausgebildet: Wo CDU oder CSU regieren wird das Abtreibungsrecht restriktiv gehandhabt, liberaler dagegen erfolgt die Umsetzung in den SPD-regierten Ländern. In Baden-Württemberg und Bayern

darf ein Abbruch nicht ambulant vorgenommen werden. Konfessionale Krankenhäuser, aber auch kommunale Kliniken weigern sich, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Liberale Beratungsorganisationen wie „pro familia“ werden bei der Vergabe von Geldern benachteiligt und bleiben, zumindest in Süden der Republik, in der Minderheit. In Bayern und Baden-Württemberg wird die Rechtsnorm gelegentlich durch Regierungserlasse verschärft oder durch Richturteile à la Mennungen durchgesetzt, was vor allem den einen Effekt hat, daß die Frauen in andere Bundesländer ausweichen und natürlich dadurch die Statistiken so verzerren, daß man die niedrigen Raten in Bayern und Baden-Württemberg für ein Ergebnis der dortigen Strategie hält.

Eine weitere Kluft hat sich mit der deutsch-deutschen Vereinigung zwischen alten und neuen Bundesländern aufgetan. In der Übergangsphase bis zum selbstgesetzten Termin einheitlicher Rechtsprechung ab 1993 gibt es in den alten Bundesländern ein anderes Abtreibungsrecht. Hier greift noch die von den Karlshorner Verfassungskommission 1975 verordnete Fristenregelung. Im Einigungsvertrag nun ist festgelegt, daß die unterschiedlichen Abtreibungsrechte in West- und Ostdeutschland bis Ende 1992 in ein einheitliches Gesetz gegossen werden müssen.

Im Hinblick darauf erarbeiteten die Parteien und Fraktionen eine ganze Reihe von mehr oder minder ausgeformten Gesetzesvorschlägen, die, so darf man vermuten, in den nächsten Monaten zur Beratung eingebracht werden. Allein in der CDU kursieren vier konkurrierende Vorschläge: – der Plan von Bundestagspräsidentin Süßmuth, nachdem ein „Lebensschutz“ in die neue deutsche Verfassung aufgenommen werden soll. Zum Abbruch führt die Zwangsberatung mit Indikation. Das letzte Wort soll die betroffene Frau haben; – Familienministerin Rönsch schlägt

Zwangsbearbeitung plus Indikation vor, möchte aber die definitive Entscheidung dem Arzt überlassen; – ein Abgeordneter Hofacker, Vorsitzender der Gesundheits-Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion, würde die Frauen gerne vor eine Kommission ziehen, vor der sie ihre Notlage begründen müssen; – schließlich fordert eine Gruppe von 98 Abgeordneten die Streichung der Notlagenindikation und erlaubt die Abtreibung nur im Falle von Erbcheitern oder Vergewaltigung.

Nach derzeitigem Stand kann man davon ausgehen, daß keiner der vier Vorschläge mehrheitsfähig ist. Die Liberalen, Erfinder der Fristenlösung in den 70er Jahren, treten auch heute noch dafür ein. Allerdings muß die Frau auch hier sich zuvor beraten lassen.

Das von der SPD bereits vorgelegte Gesetz zur „Beratung in Fragen der Sexualität und Familienplanung“ sieht eine Fristenlösung bis zur 12. Woche vor, garantiert aber Straffreiheit auch bei einem späteren Abbruch, wenn eine medizinische, eugenische oder kriminologische Indikation vorliegt. Sie betonen das Selbstbestimmungsrecht der Frau und beschränken den Staat auf die Rolle des Notbehelfers. Die Erhaltung des Strafrechtsparagrafen sehen aber auch sie vor.

Die ersatzlose Streichung des §218 fordern einzügig Die Grünen, die PDS sowie die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD. Daß diese Maximalforderung in der BRD, die im Augenblick mit das restriktivste Abtreibungsrecht im europäischen Vergleich vertritt, keine Chance auf Realisierung hat, sollte uns nicht dazu verleiten, uns auf Kompromißformeln einzulassen. Letztes Ziel muß es sein, die Doppelmoral der sogenannten Lebensschützer zu entlarven und die rechtlich legitimierte Vormundschaft des Staates über die Frauen zu beseitigen.

Martina Meyer, Gabi Reitzbrank, Martina Mittenhuber, Juso-Frauen-Arbeitskreis Nürnberg

Die selbsternannten „Lebensschützer“

Sorge um Kinder und Familien?

Obwohl noch völlig offen ist, wie der Bundesgerichtshof im Abtreibungsprozess gegen Horst Theissen entscheiden wird, ist anzunehmen, daß keine bedeutende Verbesserung für Frauen dabei heraus kommt. Zumindest für Frauen aus Bayern und Baden-Württemberg besteht das Recht auf Abtreibung nach dem jetzt noch geltenden Gesetzen mehr auf dem Papier als in der Realität.

Abtreibungs-Tourismus nannte man es früher, als deutsche Frauen die liberaleren Gesetze anderer Länder in Anspruch nahmen. Heute noch fähren viele Frauen aus dem Süden nach Hamburg, um eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Auch wird in letzter Zeit wieder verstärkt zur „Selbsthilfe“ gegriffen, die meist grauenvolle Folgen für die Frauen hat. Der Memminger Prozess zeigte, welche Unterschiede es in der Interpretation von Gesetzen geben kann – nicht nur im juristischen Sinne.

Hier haben die ehrenwerten Juristen es auch für angebracht gehalten, ein Urteil über medizinische Fälle abzugeben. (Als eine der Frauen vor Gericht erklärte, ihr Arzt meinte, eine weitere Schwangerschaft könnte ihr Leben gefährden, sagte einer der Staatsanwälte zynisch „könnte, könnte“)

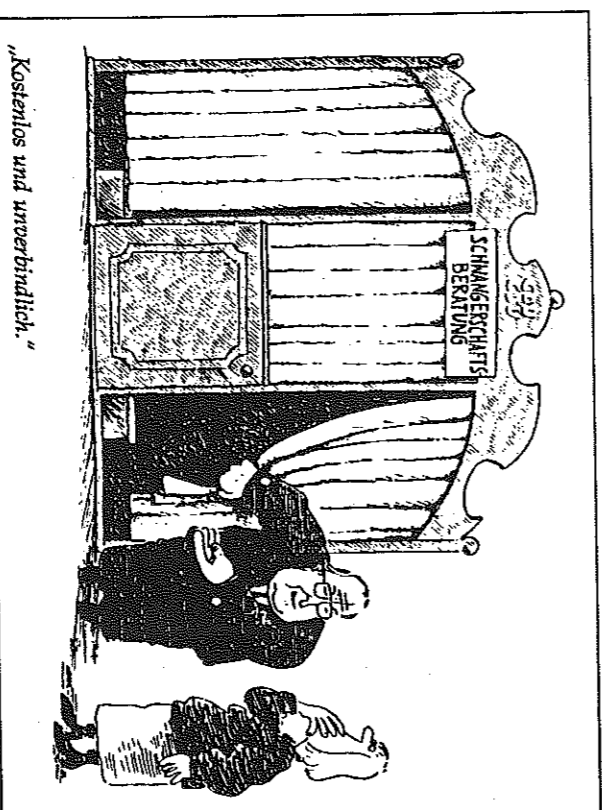
Rund 70% aller Abtreibungen, die in der BRD vorgenommen werden, erfolgen aufgrund der sogenannten sozialen Indikation. Eigentlich ist die Behauptung, „mein Bauch gehört mir“, leider weit von der Wahrheit entfernt. Abgesehen davon sind weder Männer noch Frauen heute in der Lage, ihre Gesundheit und dadurch auch die Fruchtbarkeit vor äußeren Einflüssen zu schützen. Denn in der jetzigen Debatte über „Schutz für das ungeborene Leben“ gibt es eine Tatsache, die kaum beachtet wird: In Deutschland werden Schwangerschaftsunterbrechungen meistens – nicht immer – während der ersten

zwölf Wochen einer Schwangerschaft vorgenommen. In den ersten zwölf Wochen geschehen aber auch die meisten Fehlgeburten – und diese Zahl steigt. Besonders in der Nähe von Industriestriegen, wie auch in Großstädten häufen sich Fehlgeburten, wie auch genetisch bedingte Zeugungsunfähigkeit beim Mann, die eindeutig auf Umwelt-einflüsse zurückzuführen sind. Hormone in Fisch und Fleisch, Strahlung, Autoabgase, aber auch Bildschirmarbeit und Gifte im aller nächsten Lebenszusammenhang (Gifte in Farben etc.) können erwiesenermaßen gravierende Auswirkungen haben. Ungewollte Kinderlosigkeit kommt immer häufiger vor. Unter den Fehlgeburten und Abtreibungen sind ebenfalls Mißbildungen zu finden, die allerdings in der Regel nicht statisch erfaßt werden. Es gibt aber darüber keine ähnliche Auseinandersetzung wie beim 218.

Woran liegt das? Nicht daran, daß die Bundesbürger und -bürgerinnen

Abtreibung als solche für problematisch halten, denn wie das ZDF-Politikromer zeigte, sind nur 8% gegen Abtreibung. In den fünf neuen Ländern unterstützen ganze 83% die alte, dort geltende Fristenlösung. Und auch in den westlichen Teilen Deutschlands beträgt und weitere 33% für die Fristenlösung mit Beratung. Und es gibt keinen Zweifel darüber, daß, wenn die Untfrage nur unter Frauen stattgefunden hätte, die Mehrheit ebenfalls für eine liberalere Gesetzgebung gewesen wäre.

Wessen Interessen stecken also dahinter? Die katholische Kirche spielt – vor allem in Bayern und Baden-Württemberg – eine große Rolle dabei, aber Frauenpolitik (letztenendes ist Abtreibungs- und Familienpolitik nichts an-



deres) wird nicht nur durch oberflächliche ideologische Standpunkte unterschieden, sondern wesentlich hierfür ist die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Familienpolitik, Frauenpolitik und die aktuelle soziale und wirtschaftliche Lage bilden eine Art Einheit: So haben z.B. fast alle sozialistischen Länder zeitweilig Abtreibung zugelassen, um sie unter bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen wieder zu verbieten. Diese Tatsache verhinderte aber auch nicht, daß Frauen zum Abbruch – meist durch ihre eigene finanzielle Misere, Unterstützung durch Familie, Haushalt und gewöhnlicherweise auch Berufstätigkeit – gezwungen wurden. Unter dem Ceausescu-Regime in Rumänien war Abtreibung streng verboten und wurde mit Gefängnis bestraft (bis zu fünf Jahren für die Frau, noch mehr für den „Engel-

macher“ oder Arzt). Frauen unter 35 Jahren mußten vor ihrer Beiriesleitung rechtfertigen, weshalb sie keine Kinder hatten. Und dennoch gab es in den späten 80er Jahren in Rumänien mehr Schwangerschaftsabbrüche als Geburten.

Die Forderung nach einem verschärften Abtreibungsgesetz kommt jetzt in fast allen Industriestädten hoch. Dies hängt ununtrennbar mit dem Versuch zusammen, die Frau zurück in ihre traditionelle Rolle zu drängen – weg vom „überstiegenen“ Arbeitsmarkt, zurück zur Kranken-, Alter- und Kinderpflege innerhalb der Familie, die nicht mehr oder immer unzureichender vom Staat erledigt wird. Mit Kinderliebe und „der Sorge um das ungeborene Leben“ hat solche Politik nichts zu tun. Sie Powell, Hamburg SPD-Mitglied

Wir fordern:

- Weg mit dem 218. Kostenlose Verhütung und das Recht auf Abtreibung.
- Das Recht, unter menschenwürdigen Bedingungen Kinder zu kriegen.
- Flächendeckendes Netz von gut eingerichteten und personell gut ausgestatteten Kindertagesstätten zum Nulltarif.
- Einen garantierten Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz oder den vollen Lohn für alle.
- Abschaffung der Leihlohngruppen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Einen Mindestlohn für beide Geschlechter von 1500 DM netto. Renten-gleichheit bei Witwen und Witwern.
- Verkürzung der Arbeitszeit auf 35-Stunden wöchentlich, als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung durch gleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf beide Geschlechter.
- Wahlweise für Väter und Mütter ein arbeitsfreies „Babyjahr“ bei voller Lohnfortzahlung.
- Billige Restaurants und Wäschereien von guter Qualität in allen Wohnvierteln, um Haushaltsroutine und -schufterei überflüssig zu machen.

Internationales

Niederlande

Ein Kok verdirbt den Brei

Die arbeitende Bevölkerung in unserem westlichen Nachbarland erlebt zur Zeit einschneidende Kürzungen im Sozialsystem. Aus Protest gegen die Pläne der Regierung traten am Tag der Haushaltsdebatte 500.000 Arbeiter in den Streik.

Obwohl die Gewerkschaftsführung nur zu einstündigen Arbeitsniederlegungen aufgerufen hatte, wurden Häfen und Großbetriebe in Amsterdams und Rotterdam halb- oder gänzlich bestreikt. An Demos in 20 Städten nahmen insgesamt über 100.000 Menschen teil. Dies war die größte Streikbewegung in den Niederlanden seit dem 2. Weltkrieg. Die Hälfte der niederländischen Bevölkerung sprach sich nach Untragen für die Proteste aus.

Seit 1989 ist eine Regierung der großen Koalition aus der bürgerlichen CDA unter Premierminister Lubbers und der Arbeiterpartei (PvdA) mit dem Parteichef Wim Kok (zu deutsch: Koch) als Finanzminister an der Macht; davor regierte sieben Jahre lang eine christlich-liberale Koalition (CDA/VVD). Der weltweite Einbruch des Wirtschaftswachstums, vor allem in Britanien und den USA, ließ auch die Profite der niederländischen Konzerne zusammenschnellen.

Gewinne der NL-Konzerne in Mrd DM	1989	1990
Shell	12,1	10,3
Unilever	2,8	2,6
Philips	1,2	-3,7
Akzo	0,87	0,58
(Quelle: Die Zeit 23.8.91)		

Unter dem Druck der Konzernbosse ist die PvdA-Führung unter Kok nun bereit, Kürzungen an den Arbeitsuntätigkeits- und Unfallrenten (WAO) und beim Krankengeld (ZW) mitzutragen, die selbst unter der christlich-liberalen Regierung nicht durchsetzbar waren. Schon 1987 wurden die WAO-Renten von 80% des letzten Nettoverdienstes auf 70% gekürzt. Jetzt soll die Bezugsdauer der 70%-Rente gekürzt werden, je nach Lebensalter auf ein bis zweiein-

halb Jahre, danach soll bis zum 65. Lebensjahr nur noch das Niveau des Mindesteinkommens (AAW) plus ein vom Lebensalter abhängiger Zuschlag gezahlt werden. Für arbeitsunfähige jüngere Arbeiter wäre das bis ans Lebensende eine Kürzung um ca. 630 DM pro Monat. Bestehende Renten sollen nicht mehr erhöht und somit im Laufe der nächsten Jahre von der Inflation aufgefressen werden. Das ergibt ca. 3,6 Mrd. DM pro Jahr an Einsparungen.

Aus der Tasche der Arbeiter in die der Bosse

Die WAO-Renten werden aus Versicherungsbeiträgen (12% vom Bruttolohn) bezahlt, das Mindesteinkommen wird aber über Steuern finanziert. Für die Unternehmer geht die Rechnung auf: Ihr Beitrag zur Versicherung sinkt auf jeden Fall. Weil auch die Arbeitnehmerbeiträge etwas sinken würden, haben CDA, Kok und die Unternehmer schon vorgerechnet, daß man dann ja die Lohnsteuer noch etwas anheben könnte, ohne daß die Arbeiter es merken. Die gleiche Regierung hat zuvor schon andere Geschenke an die Milliardäre gemacht, wie die Senkung des Spitzensteuersatzes von 48% auf 38%. Von den Kürzungen sind 880.000 Bezahler von WAO-Renten direkt betroffen. Die CDA hat Prognosen vorgelegt, nach denen die Zahl der Arbeitsunfähigkeitserkrankten bis 1994 auf über eine Million ansteigen würde. Dies wäre unbeschreiblich, sagen sie. Der Anstieg von Invaliddität und Unfallrenten ist ein Zeichen für mehr Streik und Hetze bei der Arbeit. Gerade Arbeiter im öffentlichen Dienst, z.B. Busfahrer, sagen: „Kaum einer von uns erreicht gesund das Rentenalter. Ab 40 hat jeder irgendwas, und mit 50 sind die meisten draußen.“

Gewerkschaften in den USA

Zeit zum Zurückschlagen

Am Samstag, dem 31. August kamen über 300.000 Gewerkschaftsmitglieder zum zweiten „Solidaritätstag“ des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO nach Washington D.C. Für die demonstrierenden Arbeiter war dies eine eindruckvolle Darstellung der enormen Macht der amerikanischen Gewerkschaften.

Besonders bemerkenswert war der große Anteil von Schwarzen und Latinos, die die Hälfte der Demonstration ausmachten. Ein großer Stolz, Mitglied dieser machtvollen Organisationen zu sein und auch der aufgestaute Ärger über die Angriffe der letzten 15 Jahre wurden spürbar. Diese Angriffe richteten sich zunächst gegen die Bauarbeiter und dann gegen die städtischen Angestellten New Yorks während einer Finanzkrise der Stadt Mitte der 70er Jahre. Weiterhin wurde den Arbeitern in der Automobil- und Stahlindustrie sowie in anderen Zweigen der Schwerindustrie gesagt, daß sie für die Krise ihrer Unternehmen zahlen müßten. In jedem dieser Fälle hat die Gewerkschaftsführung dies akzeptiert.

Fluglotsenstreik 1981

Zu Beginn der 80er Jahre entwickelte sich eine kämpferische Stimmung. Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO war gezwungen, 1981 den ersten „Solidaritätstag“ zu organisieren, der zu einem großen Erfolg wurde. Die Gewerkschaftsführer haben es jedoch unterlassen, diese Mobilisierung als Sprungbrett für die Verteidigung der streikenden

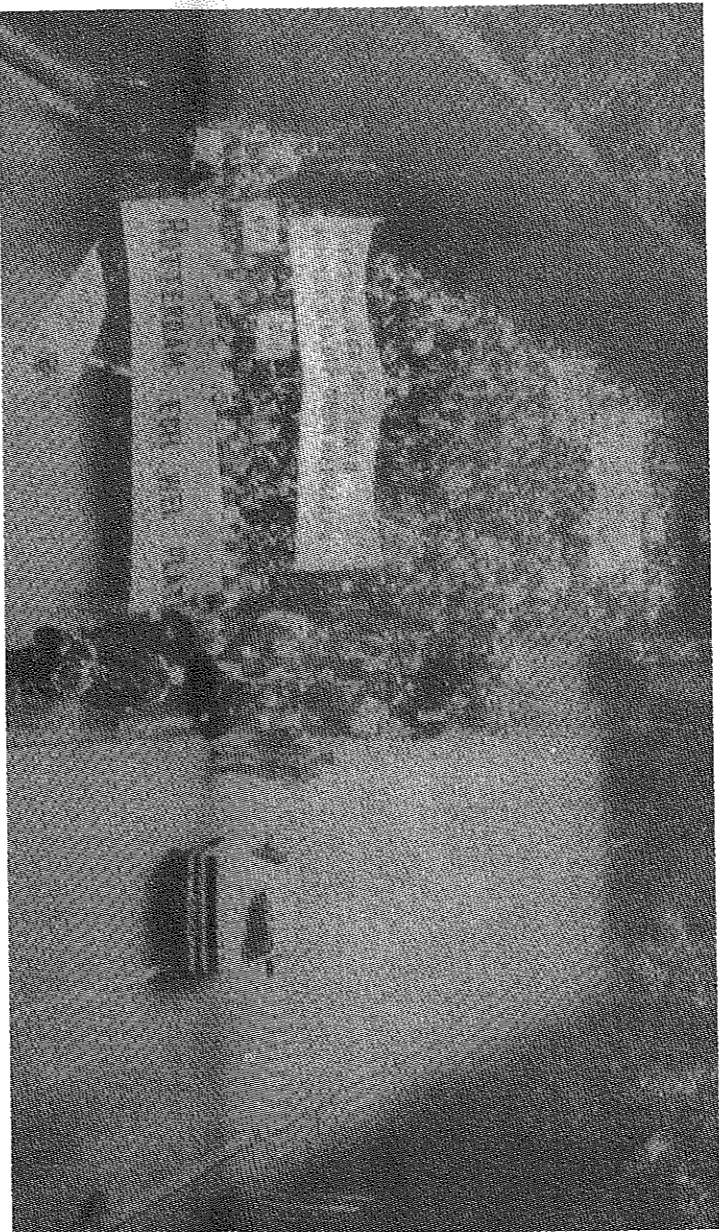


Bergarbeiter am Solidaritätstag - gerüstet für den Klassenkampf.

Nur bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeitszeiten können die Arbeitsunfähigkeit verhindern. Einzelne Programme in 180 Großbetrieben haben gezeigt, daß allein durch bessere Gesundheitsvorsorge die Frühinvalidität um 10% gesenkt werden kann, was enorme Einsparungen für die Volkswirtschaft zur Folge hätte. Doch daran haben die Unternehmer im Allgemeinen kein Interesse. Ihnen geht es nicht um Menschen, sondern ums Geld.

Arbeiterpartei auf dem Tiefpunkt

Das Ansehen der einstigen Mehrheitspartei PvdA ist auf dem Tiefpunkt ihrer Geschichte. Bei Meinungsumfragen erhält sie noch 13-15% Zustimmung und 61% der PvdA-Anhänger haben kein Vertrauen mehr in die Führung. Kok, der als Oppositionsführer



Demonstration von Gewerkschaftern in Rotterdam.

bereits angebartet hatten: Daß die Gewerkschaftsführung in der Nachkriegszeit immer konservativer wurde und nun davon ausging, daß die Tage der Arbeitereinheit, der Massenmobilisierungen und offenen Kämpfe mit den Unternehmern vorbei seien. Diese Niederlage war der Auftakt für eine verschärfte Offensive gegen die Lohnabhängigen.

Widerstand der Arbeiter

Aber Gegenwehr blieb nicht aus. 1983 streikten die Beschäftigten der Greyhound-Busgesellschaft landesweit und ermutigten dadurch die Gewerk-

die WAO-Kürzungspläne noch energischer bekämpft hatte, führt sie als Finanzminister der großen Koalition nun selbst durch. In der Partei regen sich erste Anfänge einer linken Gegenbewegung, wie „PvdA - werde sozial“ oder „Arbeitsgruppe Sozialisten in der PvdA“. Kok drohte kürzlich auf einem Parteitag mit Rücktritt, falls die Partei die Kürzungen ablehnen würde - und erhielt dafür 80% Zustimmung. Die Transportarbeitergewerkschaft hat im Streik auf Plakaten der „PvdA, Gesundheit!“ gewünscht. Das zeigt, was die Arbeiter von Kurs ihrer Partei halten. Die WAO-Versicherung wird von den Niederländern als Eckpfeiler der sozialen Sicherung angesehen und verteidigt. Als die Koalitionsregierung mit der CDA begannen wurde, dachten viele Arbeiter: „Wir wissen, daß die CDA eine Unternehmerpartei ist, aber

wir hoffen, daß die PvdA in der Koalition möglichst viel für uns rauskollt.“ Inzwischen wissen sie, daß das Gegenteil passiert. Einen Weg nach vorn gibt es nur, wenn die PvdA die Koalition verläßt. Das müßte nicht unbedingt heißen, daß die Partei jahrelang in die Opposition geht. Zwar ist großer Schaden angerichtet worden, aber die Partei könnte wieder mehr Zustimmung finden, wenn sie die aktuellen Kürzungen ablehnt und sagt, „die Unternehmer haben von der Arbeitsheute profitiert - jetzt sollen sie auch dafür zahlen. Die Kopplung der Renten an die Löhne muß erhalten bleiben.“

Ob der heiße Herbst in den Niederlanden weitergeht, ist offen - die Gewerkschaftsführer ziehen sich jetzt auf den Standpunkt zurück: „Wir haben gekämpft und gestreikt - jetzt muß das Parlament entscheiden.“ Wenn sich die Aktivisten der Bewegung darauf einlassen, kann es sicher keinen Erfolg geben. Amd Kranefeld, Aachen jungsozialist (unter Einbeziehung von Berichten unseres Korrespondenten Frits van Rooij, PvdA-Mitglied in Amsterdam)

schaftsaktivisten zur Mobilisierung für Solidaritätsaktionen. Aus Angst vor dieser Entwicklung peitschten die Führer der Gewerkschaft einen Kompromiß durch, anstatt sich auf die kämpferische Stimmung zu stützen. Dies war ein erster Rückschlag für die Arbeiterbewegung. Dazu kamen Streikniederlagen wie die der Kupferbergarbeiter in Arizona. Der Gouverneur, Mitglied der Demokratischen Partei, schickte die Nationalgarde, um Streikbrecher zu schützen. In allen diesen Fällen ließen die bundesweiten Führungen der Gewerkschaften sowie der AFL-CIO die Streikenden allein, was zur Niederlage führte. Der Grund dafür ist, daß sie die Argumente der Unternehmer akzeptierten: Kapitalismus sei das einzig mögliche System, und ein offener Kampf zwischen den Klassen würde die „freundlichen“ Beziehungen zur Kapitalistenklasse zerstören; man könne nur hoffen, daß die Unternehmer sich etwas „fäher“ verhalten würden, wenn man ihnen helfen würde, konkurrenzfähig zu bleiben.

Die Unternehmen hatten in den letzten Jahren bei den Kosten für die betrieblichen Krankenkassen einen für sie empfindlichen Anstieg um das Doppelte der jährlichen Preissetzungsrate (ca. 9% im letzten Jahr) zu verzeichnen. Sie wollen diese Lasten auf die Beschäftigten abwälzen und haben immer wieder versucht, die Kostenbeteiligung der Arbeiter einzuführen bzw. zu erhöhen. Dabei waren sie wegen der Abschlossenheit der Arbeiter nur teilweise erfolgreich. In Streik über Streik um diese Frage, oft auf örtlicher Ebene, haben die Unternehmer sich durch Streikbrecher ausgeholfen, aber die Solidarität der Arbeiter führte zu Einbußen der Unternehmer. Am spektakulärsten war der neunmonatige, teilweise bewaffnet

geführte Streik der Bergarbeiter im Bundesstaat Virginia von 1988 (der übrigens in den US-Medien kaum erwähnt wurde). Weil es sich als teuer wies an, die Beschäftigten in der Frage der Gesundheitsversicherung herauszufordern, scheint ein Teil der Großunternehmer seine Strategie zur Kostenabwälzung auf die Arbeiter zu ändern. Es gibt einen Schwank hin zu einer Art von staatlichen Gesundheitsversicherung, die durch erhöhte Steuern der arbeitenden Bevölkerung bezahlt werden soll.

Aufgestaute Wut

Die Schwäche der Gewerkschaftsführung führt zu einer Zunahme der Angriffe. Der Anfang einer Offensive gegen den Acht-Stunden Tag ist erkennbar. Außerdem wird der Staatsapparat immer aggressiver bei der Benutzung von gerichtlichen Verfügungen und Polizeigewalt gegen Streikende. Eine Reihe von Streikposten wurde umgebracht, ohne daß davon viel Aufhebens gemacht wurde. Diese Situation hat zu Frustration und Wut unter den Arbeitern geführt. Während des Aufstretens haben die Argumente der Unternehmer, von den Gewerkschaftsführern wiederholt, immer noch Gehör gefunden: nach einer gewissen Zeit würde alles wieder O.K. sein. Aber in den letzten 10 Jahren ist die Kaufkraft der amerikanischen Arbeiter als Folge der Zugeständnisse um real 7% gesunken. Jetzt wo die Rezession den teufelschen Argos an die Oberfläche bringt, scheint sich ein Stimmungswechsel anzubahnen.

John Reimann, Oakland Mitglied der Gewerkschaft der Zimmerleute und Unterstützer der US-amerikanischen marxistischen Zeitung *Labour Militant*

Internationales

Asyldebatte

„Es können doch nicht alle Armen der Welt hierher kommen!“

Fortsetzung von Seite 1

Allein aus der Sowjetunion werden, je nach Schätzung, 2-10 Millionen Zuwanderer nach Westeuropa zu erwarten sein. Dazu kommen weitere Millionen aus Osteuropa.

Die deutschen Ausländer aus Osteuropa und der UdSSR stellen die größte Gruppe von Zuwanderern in die BRD (1990 und '91 zusammen ca. 600.000, verglichen mit ca. 400.000 Asylbewerbern). Schätzungsweise 3 Millionen Deutschstämmige aus der Sowjetunion sitzen mehr oder weniger auf gepackten Koffern. Die Ausländer nutzen verständiglicherweise die Politik Kanzler Kohls aus, der Flüchtlinge nur dann willkommen heißt, wenn sie die richtige Blutszugehörigkeit haben.

Die Flüchtlinge aus der „3. Welt“ (1990: 120.000) machen nur einen kleineren Teil der Zuwanderung aus, wenn auch die Tendenz steigend ist. 100 Millionen Menschen in den südlichen Mitteleuropäern werden nach Schätzungen der EG in zehn Jahren keine Existenzgrundlage mehr haben.

„Grenzen dicht?“

Diese Massenwanderungen aus den armen in die reichen Länder sind nur die Symptome, nicht die Krankheit selbst. Die Krankheit ist die harte Krise, die das kapitalistische Wirtschaftssystem für die Mehrheit der

die nicht als Asylbewerber anerkannt werden, an der Einwanderung hindern oder abschleppen müßte, dann läuft das auf einen knallharten Kampf gegen ausländische Kolleginnen und Kollegen hinaus, die einen Ausweg aus ihrer Not suchen. Das lehnen wir ab.

Fluchtursachen beseitigen, aber wie?

Die SPD-Politiker sagen allerdings auch, daß man die Fluchtursachen wie Hunger, Elend, Kriege und Umweltzerstörung beseitigen muß. Das ist völlig richtig und die einzige Lösung - nicht zuletzt auch deshalb, weil diese Probleme letztlich auch die Existenz der gesamten Menschheit gefährden. Die SPD spricht sich deshalb für eine „generelle Weltwirtschaftsordnung“ aus.

Was heißt „generell“? Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung ist im Sinne der Marktwirtschaft bzw. des Kapitalismus gerecht. Die Mächtigen und Reichen herrschen und werden dabei noch reicher.

Ein Beispiel: Der Staat Zaire in Afrika ist der zweitgrößte Produzent von Kobalt und der zweitgrößte Diamant-



Zaires Diktator Mobutu - Marionette des Westens.

Weltbevölkerung produziert sowie das Versagen des Stalinismus in Osteuropa und der UdSSR.

Die Lösungen der rechten Politiker sind einfach: „Grenzen dicht für Flüchtlinge“, Angeblich wollen sie für die „wirklich politisch Verfolgten“ eine Ausnahme machen. Aber die Praxis des jetzigen Asylrechts spricht dem Hohn: Nur 3% der Asylbewerber werden anerkannt. Nach Auffassung deutscher Gerichte werden z.B. Kunden in der Türkei nicht als Volksgruppe verfolgt und Gefängnis. Aber die Türkei ist eben NATO-Partner der Bundesrepublik und darf deshalb unbehelligt ihren blutigen Krieg gegen die Kurden führen.

Verschiedene Varianten der Abschottung werden diskutiert: Asylrecht ändern, „Wirtschaftsflüchtlinge“ abschleppen oder an der Grenze abweisen, Einwanderungsquoten. Alle diese Maßnahmen müßten in letzter Konsequenz mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden, z.B. durch bewaffnete Grenzüberwachung mit Schießbefehl, einem neuen „Eisernen Vorhang“ mit Stacheldraht und Elektrozaunen oder einer Mauer, wie sie die USA jetzt an der mexikanischen Grenze errichtet haben. Und selbst dann würden noch Hunderttausende illegal einreisen, wie das Beispiel der fortgesetzten Einwanderung von Mexiko in die USA zeigt.

Wenn sich die SPD-Führung also darauf einläßt, daß man Flüchtlinge

temporärent. Trotzdem hungern die Menschen: Der Durchschnittslohn reicht nicht einmal aus, um sich genug zu essen zu kaufen. Wer profitiert von dem enormen Rohstoffreichtum? Die multinationalen Konzerne, die die Bodenschätze ausbeuten. Und der Diktator Mobutu, der zu den zehn reichsten Männern der Welt gehört und seine Untertanen brutal unterdrückt. Und hier wird Wirtschaft zu Politik: Die ehemaligen Kolonialmächte Belgien und Frankreich sowie die USA haben Mobutu 25 Jahre lang gestützt, weil er ihre reue Marionette war.

Dies ist keine Ausnahme: Die „dritte Welt“ wäre reich genug an arbeitsfähigen Menschen und natürlichen Reichtümern (fruchtbares Land, Rohstoffe), um allen Menschen ein vernünftiges Leben zu garantieren. Äthiopien mit seinen 30 Millionen mehrheitlich hungernden Einwohnern könnte eigentlich 100 Millionen Menschen ernähren. Eine Entwicklungsstudie stellte 1982 fest, daß Bangladesch, eines der ärmsten Länder der Welt, seine damals 100 Millionen starke Bevölkerung innerhalb von 4 Jahren selbst ernähren könnte, wenn die politischen Verhältnisse geändert würden.

Teufelskreis

Aber die armen Länder werden von den Konzernen und Banken in den Industrieländern ausgepreßt und immer tiefer in den Teufelskreis von Verschuldung und Armut hineingetrieben. Der

lange Aufschwung der 80er Jahre ist zum großen Teil auf verschärfte Ausbeutung der „3. Welt“ zurückzuführen, vor allem durch die Senkung der Rohstoffpreise. Seit 1984 fließt so mehr Geld aus der „3. Welt“ in die Industrieländer als umgekehrt. Die Exporterlöse reichen kaum noch zur Zinszahlung, geschweige denn für nötige Importe. Ein Computer kostet in Kaffeegetreide dreimal, in Kakao gerechnet viermal so viel wie vor fünf Jahren (Weltbank, Zahlen aus dem Jahr 1991).

Dieses praktische Beispiel zeigt, wie die unterentwickelten Länder daran gehindert werden, die notwendige Technologie aus dem Westen einzukaufen, um die Wirtschaft zu entwickeln. Gleichzeitig gibt es Arbeitslosigkeit und Kapazitätsabbau in der Industrie Europas und Amerikas. Verkehrte Welt!

„3. Welt“-Verhältnisse entwickeln sich auch in Osteuropa. Dort wird die Einführung des Kapitalismus vorangetrieben. Das wird gerade von den Politikern gefördert, die sich dann beklaugen, wenn die Menschen aus Osteuropa vor den Folgen von Privatisierung, Preissteigerungen und Entlassungen nach Westeuropa fliehen. Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Not werden auch weitere Bürgerkriege wie in Jugoslawien die Flüchtlingsströme vergrößern.

Sozialistische Lösung

Die Planwirtschaft in den „realsozialistischen“ Staaten ist gescheitert, weil dort die herrschenden Bürokraten nur für ihre eigenen Privilegien wirtschaften haben und jede demokratische Kontrolle von unten fehlte. Aber der Kapitalismus ist keine Alternative, er versagt tagtäglich mit jedem Arbeitslo-

Rumänien Revolte der Bergarbeiter

Innehalb von zwei Jahren beeinflussen die rumänischen Bergarbeiter zum zweiten Mal die Politik in Rumänien. Zu Tausenden sind sie Ende September in die Hauptstadt marschiert und haben die Regierung zum Rücktritt gezwungen. In der Presse wurden sie als Randalierer ohne politische Konzept abgetan. Auch im Juni 1990 wurden die Bergarbeiter im Zusammenhang mit den Studentenprotesten von der Presse und großen Teilen der Bevölkerung verteilt. Doch was steckt wirklich hinter diese Protesten?

1989, während es Kampfes gegen das Ceaucescu-Regime, unterstützte ein Teil der alten Bürokratie die Arbeiter, um Macht und Privilegien zu sichern. Iliescu gründete die Front der nationalen Rettung (FNR). Im Mai 1990 gewannen sie die ersten freien Wahlen. Die Arbeiter sahen die FNR als die Regierung, die sie mit der Revolution ins Amt gehoben hatten und verbanden sie auch mit den Errungenschaften, die sie während der Revolution erkämpft hatten (wie z.B. 5-Tage-Woche in den Fabriken, der Mutterschafturlaub wurde von drei auf zwölf Monate verlängert, Löhne stiegen und die Versorgung mit Heizung und Strom hatte sich verbessert).

Die Studentenbewegung im Juni unterstützte in unterschiedlichem Maße die Einführung des Kapitalismus. Der Sieg dieser Bewegung hätte den Beginn der Rückkehr zum Kapitalismus markiert. Die Bergarbeiter reagierten auf den Ruf Iliescus und kämpften gegen die Bedrohung der Errungenschaften der Revolution durch die Einführung

sen in den Industriestaaten, mit jedem Hungergemden in der unterentwickelten Welt.

Die einzige Alternative ist eine sozialistische Weltwirtschaft, in der alle vorhandenen Möglichkeiten auf der Grundlage einer demokratisch von der arbeitenden Bevölkerung kor-



Hunger in Äthiopien.

rollierten Planung eingesetzt werden. Wenn die industriellen Kapazitäten des Westens, die natürliche Ressourcen und Arbeitskräfte der ganzen Welt genutzt würden, müßte kein Mensch auf der Welt hungern, arbeitslos oder obdachlos sein.

Um diese Alternative zu erkämpfen,

der Marktwirtschaft. 1990 kann es so zu einem Zweckbindnis zwischen Arbeitern und FNR „Die Arbeiter und die FNR kämpfen zu diesem Zeitpunkt gemeinsam gegen die Konterrevolution, aber aus unterschiedlichen Interessen: die Arbeiter, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, die FNR als Repräsentant der alten Bürokratie, um ihre Macht und Privilegien zu behalten.“ (aus: VORAN Nr. 124).

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage hat sich die Situation geändert. Um ihre Position und Privilegien zu sichern, treten alle Teile der Bürokratie einschließlich Iliescus für die Einführung der Marktwirtschaft ein. Uneinigkeit besteht nur über das „wie“ und „wann“. Die Arbeiter wehren sich nicht bewußt gegen die Einführung, aber sie wehren sich gegen die Folgen. Nach gewerkschaftlichen Berechnungen gibt es 1,5 Millionen Arbeitslose, das sind ca. 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Inflation ist auf 200% angestiegen, die Kaufkraft liegt um die Hälfte niedriger. D.h., die Preise steigen und die Löhne sinken. In den letzten Jahren hat die Regierung viele von den demokratischen Rechten, die in der Revolution erkämpft worden sind, abgebaut. Mit den Ruten Schickt Iliescu und Roman unter die Erde? wehren sich die Bergarbeiter gegen die Einführung einer neueren Diktatur, die dann helfen soll, die weitere Einführung der Marktwirtschaft durchzusetzen. Besonders Roman, der ein Befürworter der schnellen Einführung der Marktwirtschaft ist, machen sie für Teuerungen und Preis-

sozialistische Politik sein, die die Ursachen für Vertreibung und Flucht beseitigt.

Das ist unvereinbar mit einer Politik der Abschottung und der Abwehr von Flüchtlingen, wie sie im Augenblick leider auch die SPD-Führung unterstützt. Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

verfall verantwortlich. Ein Bergarbeiter sagte: „Wir wollen Reformen, aber unsere Frauen können nichts kaufen. Ist das der freie Markt, wenn wenige Leute die große Geschäfte besitzen und wir hungern?“

Wie z.B. in der Sowjetunion ist das Bewußtsein in Rumänien teilweise widersprüchlich und konfus. Viele rumänische Arbeiter denken, daß der Markt funktionieren könnte, wenn die alten stalinistischen Bürokraten nicht mehr im Weg stünden. Da es keine Kraft gibt, die eine Alternative zum Markt aufzeigt, hat ein großer Teil Illusionen in die Marktwirtschaft.

Die Motivation der Bergarbeiter ist keine Randalie ohne politischen Hintergrund, sondern der Kampf gegen Teuerungen, Spekulation, Preisverfall und steigende Löhne. Es kann dabei zu Pünktierungen privater Geschäfte. Die Arbeiter begannen allerdings auch mit der selbstorganisierten Verteilung von Lebensmitteln und Kontrollgängen von Gruppen von Arbeitern zur Verhinderung weiterer Plünderungen.

Auch in Zukunft wird es zu weiteren Kämpfen zwischen der rumänischen Arbeiterklasse und dem Staatsapparat kommen. Auf Grund der fehlenden politischen Richtung und der Konfusion, die noch herrscht, kann es zu Demoralisierung innerhalb der Bewegung kommen, die der Staat für sich ausnutzen kann. Die Aufgabe wird sein, die Einführung des Kapitalismus zu verhindern und um die Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung über Wirtschaft und Gesellschaft zu kämpfen. Daniela Haispelt, Kassel, Jungsozialistin

Seite Zehn

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen, in dem ansonsten guten Artikel zum Thema Bildung in der letzten Ausgabe scheint mir ein Punkt unklar zu sein. Die Verbindung von Arbeiten und Lernen ist nicht nur „in Betracht zu ziehen“. Für dieses Ziel sind schon vor 200 Jahren fortschrittliche Vertreter des Bürgertums eingetreten. Als die Bourgeoisie an der Macht war, ließ sie die Idee wieder fallen.

Dafür hat die Arbeiterbewegung sie wieder aufgegriffen. Seit dem „Kom-

munistischen Manifest“ (1948) ist sie ein fester Bestandteil des Marxismus. Marx' „polytechnische Bildung“ hatte nichts zu tun mit dem, was in der DDR so genannt wurde. Sie bedeutet unter anderem, daß der Unterricht so weit wie möglich aus der Schule in die Arbeitsstätten verlagert wird, damit er unter der Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung und nicht des Staates stattfindet. War das etwa in der DDR verwirklicht? Polytechnische Bildung bedeutet auch, daß alle Menschen ihre Fähigkeiten allseitig entwickeln können und der Gegensatz von Kopfarbeit und Handarbeit aufgehoben wird. Sie führt dazu, daß die arbeitenden Menschen wissen, wie die Wirtschaft funktioniert, und sie ohne Spezialisten, die sich einmal zu einer herrschenden Kaste aufschwimmen können, leiten können.

Nadeschda Krupskaja, eine der bedeutendsten marxistischen Pädagoginnen und Lenins Witwe, protestierte 1936 - als jede Kritik an der sowjetischen Führung lebensgefährlich war (!) - gegen die Aushöhung der Polytechnik in den Schulen. Wir müssen diesen Grundpfeiler marxistischer Pädagogik genauso kompromisslos verteidigen.

Mit sozialistischen Grüßen,
Wolfram Klein, Stuttgart

Dafür kämpft VORAN:

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuervorteilen für die Reichen; einträgliches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhnen im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Rentnern) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnortszulagen bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West; Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft,

Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Statt kapitalistischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

ihrr da oben

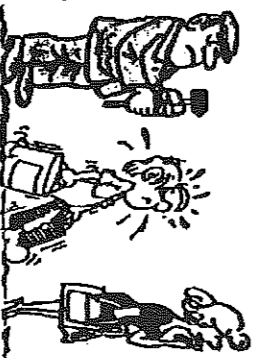
Multikultur à la Volkswagen

Beim Aufbau des Volkswagenwerks für die Wafftenproduktion während des Zweiten Weltkriegs durch hungernde und von SS-Leuten gequälten Zwangsarbeitern sei der Rassismus an der Werkbank durchbrochen und eine „multikulturelle Gesellschaft“ verwirklicht worden.

Das ist zumindest die Meinung des Historikers Hans Mommsen, der im Auftrag des VW-Vorstands die Autokonzern-Geschichte bis 1945 erforscht hat.

Sitzblockaden sind eher strafbar als eine Vergewaltigung

Nach §177 des Strafgesetzbuches kann ein Vergewaltiger nur bestraft werden, wenn er eine Frau „mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben“ gezwungen hat.



Treuhänder betreuen treue Freunde

Zwei führende Treuhand-Manager werden beschuldigt das Geräte- und Reglerwerk (GRW) in Teltow bei Berlin für 1 Mark an zwei westdeutsche Unternehmer verkauft zu haben, obwohl die Firma tatsächlich 130 Millionen wert sei. Im Laufe der Ermittlungen stellte sich heraus, daß der inzwischen beurlaubte Treuhand-Direktor Ernst Lang auf diese Art zwar nicht 129.999.999 DM, zumindest aber 49.999.999 DM an zwei alte Freunde verschenkt hat. Und was passiert den beiden Unternehmern, die sich durch den Deal auf Staatskosten bereichern

wir hier unten



wollen? Die „Treu“hand akzeptiert sie weiterhin als Käufer und will nur den Preis neu verhandeln.
(Frankfurter Rundschau, 15.10.91)

Katholische Barmherzigkeit

Der Erzbischof von Fulda, Johannes Dyba, nannte eine Kundgebung von Aids-Hilfe-Gruppen „weltfremd und blind“. „Kandalisierende Aids-Politik“ und „hergelautene Schwüle“ hätten Kirchenbesucher „blutig zusammengeschlagen“, behauptet Dyba. Die Polizei hatte den Fall genau umgekehrt in Erinnerung.

Kardinal Meisner, Chef des Erzbistums Köln, ließ kürzlich ein Grupppe der „Katholischen Arbeitnehmer-schaft“ aus dem Kölner Dom werfen, die dort beten wollte („Das ist mein Haus“).

Von Erzreaktionär Meissners politischem Standpunkt aus gesehen ist die „Katholische Arbeitnehmerschaft“ schließlich schon fast eine linksradikale Vereinigung.

Jetzt schnell bestellen

Bestellungen bitte gegen Vorkasse; zuzüglich 2,- DM Porto und Verpackung an die Redaktion (kann in Briefmarken beigelegt werden).

Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Letzte Briefe und Aufzeichnungen Lenins. Die Einleitung von Alan Woods zeigt, wie die Wurzeln der Stalinisierung für Lenin erkennbar wurden und wie er dagegen zu kämpfen begann.
Format A5, 40 Seiten, 3,- DM

Internationalismus gegen Imperialismus

Die deutsche Wiederbewaffnung nach dem 2. Weltkrieg wird aus der Sicht britischer Sozialisten analysiert. Die Diskussionen um die Rolle der Bundeswehr machen diese Broschüre sehr aktuell.
Format A5, 28 Seiten, 2,50 DM

Marxistische Hefte Nr. 2

Themen: Jugoslawien, PDS (PCC) in Italien, KP Australien, Sowjetunion, Totzki-Rede zu Volkstrauertagen, Totzki-Rede zu Volkstrauertagen 1996.
Format A4, 28 Seiten, 3,50 DM

Anti-Nazi-T-Shirts

Mit Aufdruck „Gebt Nazis keine Chance“, in den Größen M, L und XL, 15,- DM (+ 4,- Versandkosten bei Einzelbestellung)

VORAN-Wandkalender

Wandkalender '92, mit wichtigen und historischen Termnen, im Format A2, zweifarbig, zur übersichtlichen Planung der politischen Arbeit unentbehrlich, 2 DM

Kampffonds Alle 2 Minuten 1 Zeitung

Die Welle von Gewalt gegen Ausländer und die Wahlerfolge der Nazis in Bremen und Niedersachsen haben viele Menschen wachgerüttelt. Das politische Interesse unter Schülern, Auszubildenden und älteren Arbeitnehmern ist stark gestiegen.

Im Gegensatz zu den Politikern läßt VORAN keine hilflosen moralischen Appelle los, sondern steht für aktiven Kampf gegen die Neonazis und fordert Arbeitsplätze und Wohnungen für alle, um die sozialen Ursachen des Rassismus zu bekämpfen. Deshalb kann die Zeitung im Oktober im allgemeinen sehr gut an. Bei Demonstrationen zum sogenannten „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober wurden in Leipzig 270 und in Berlin 150 VORAN's verkauft. Davon profitierte auch unser Kampffonds: In Berlin wurden durch Zeitungsüberschüsse und den Verkauf von T-Shirts sowie Burtons gegen Nazis erzielte eine Unterstützung allein auf diese Art und Weise am gleichen Tag 50 DM.

Zwei Unterstützer verkaufen vor einer Kölner Berufsschule in 40 Minuten 20 Zeitungen! Wenn man auch noch daran denkt, nach dem Soli-Preis zu fragen, springt noch eine Menge für den Kampffonds dabei heraus.

Da wir mit 10.723,81 DM nur knapp 50% unseres Ziels für das 3. Quartal erreicht haben, fordern wir alle Leser und UnterstützerInnen auf, mit der Zeitung verstärkt auf die Straße zu gehen und mit unserem politischen Programm gegen die Gefahr von rechts zu kämpfen. Wenn solche Verkaufsfaktionen gut geplant sind, wird auch Kampffonds davon profitieren. Davon allem an die Demonstrationen 9.11.1991 - in Berlin soll an diesem eine bundesweite Demo gegen Ausdernaß stattfinden.

Fitz Garrie, Köln, SPD-Mitglied

- Ziel
- 4. Quartal Oktober, November, Dezember

20.000

900,-

Stand: 24.10.1991

Spendenkonto: VORAN, Postgriooamt Essen BLZ 360 100 43 Kto.-Nr. 2500 59-430

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04

Ich möchte

VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

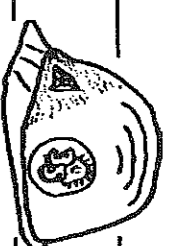
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM) NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon

Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (siehe oben). Abos werden nicht automatisch verlängert



Aus Betrieb und Gewerkschaft



Rettet den Bergbau

Über 600 Bergarbeiter traten für 151 Stunden in 600 Meter Tiefe im Streik! Mit dieser aufsehenerregenden Aktion bewiesen Bergleute der Zeche Sophia Jacoba in Hückelhoven im Oktober ihre Entschlossenheit, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Nach den Plänen von Wirtschaftsminister Möllemann droht der Zeche Sophia Jacoba das Aus. Und nicht nur dieser Zeche.

Würde der Plan von Wirtschaftsminister Möllemann verwirklicht, dann würde die Kohleförderung von heute 70 Millionen Tonnen auf 45 Millionen Tonnen im Jahre 2005 sinken. Mindestens 50.000 Bergleute würden ihren Arbeitsplatz verlieren. Mehrere Zechen würden geschlossen. Jetzt muß ein gemeinsamer Kampf aller Bergarbeiter auf allen Zechen für den Erhalt aller Arbeitsplätze organisiert werden.

Die Stromkonzerne hatten eine Drosselung der Kohleförderung in dieser Höhe schon gefordert, da war Möllemann noch kein Wirtschaftsminister. Als Wirtschaftsminister ist Möllemann der Sprecher der Wirtschaft. Befassen wir uns also mit den Motiven der deutschen Wirtschaft, den Kahlschlag im Steinkohlebergbau voranzutreiben.

Industrie und Stromkonzerne wollen mehr Kohle importieren. Importkohle ist billiger, teils weil sie in anderen Ländern leichter abgebaut werden kann, z.B. in den USA, teils weil Bezahlung und Sicherheit der Kumpel in anderen Ländern gering ist. In den Kohlegruben in Südafrika starben 1990 mehr als 800 Bergarbeiter.

Die EG-Länder wollen insgesamt den Anteil der Importkohle am Gesamtkohleverbrauch steigern, und zwar von 26% im Jahre 1987 auf 67% im Jahre 2010. Weiterhin will die deutsche Industrie Strom aus Atomkraftwerken verkaufen. Zum Teil soll dies dadurch geschehen, indem die vorhandenen deutschen Atomkraftwerke stärker ausgelastet werden, zum Teil dadurch, daß Atomstrom aus Frankreich importiert wird. Die deutsche Steinkohle verliert als nationale Energiereserve an Bedeutung. Nach der Wiedervereinigung kann die ostdeutsche Braunkohle diese Rolle übernehmen.

Möller, die Bundesregierung und die anderen Vertreter der Wirtschaft argumentieren dagegen ganz uneigennützig. Es ist ihre angebliche Sorge um unsere Umwelt, die sie zu drastischen Einschnitten im Bergbau treibt. Bei der Verbrennung von Kohle entsteht Kohlendioxid (CO₂). CO₂ ist mitverantwortlich für den gefährlichsten Treibhauseffekt, der zur Erwärmung der Erdoberfläche führt.

Es ist richtig, daß der CO₂-Ausstoß gesenkt werden muß. Dazu muß Ener-

Stuttgart/ Autoindustrie Arbeitsplatzabbau bei den Zulieferern

In den letzten Jahren gingen die Verkaufszahlen der Automobilindustrie weltweit zurück. Deutschland bildete eine Ausnahme. Doch im September '91 wurden 1,2% weniger deutsche Autos verkauft als im gleichen Monat des Vorjahres. Was das für eine Region heißt, deren größtes Industrie Standbein die Automobilindustrie ist, kann man sich ausmalen, zumal zu befürchten ist, daß dies nur der Anfang ist. Eine solche Region ist der mittlere Neckarraum (Daimler...).

Dort machen dann die Multis Druck auf die Zulieferindustrie, nach dem Motto: Druck vom Weltmarkt, Druck nach unten.

In der Pragstraße in Stuttgart sind einige Zulieferer konzentriert, und es werden dort schon seit Jahren Arbeitsplätze abgebaut. Die Firma J. Wizenmann, die vor nicht all zu langer Zeit von Mahle aufgekauft wurde, ist nun den Angriffen der neuen Geschäftsleitung ausgesetzt, 330 von 480 Arbeits-



plätzen sollen abgebaut werden. Goren Hastenteufel, Jungsozialist in Stuttgart, sprach mit Hans Kohl, Betriebsratsvorsitzender bei Mahle-J. Wizenmann.

Wird eine Produktionslagerung geplant oder will der Konzern ganz abbauen? An diesem Standort soll die Gießerei ganz geschlossen werden und die Produkte sollen in die Schweiz verlagert werden. Die Gießerei in der Schweiz soll mittelfristig auch aufgelöst werden. Es soll dann eine Zentralgießerei in Galdorf geben. Die Investitionen die an anderen Standorten anfallen, um eine Gießerei umweltgerecht zu betreiben, könnten hier getätigt werden, zumal wir noch bis 1994 die Genehmigungs haben, eine Gießerei zu betreiben. Dann könnte man hier schon früher kostengünstig produzieren. An den anderen Standorten würden die Kosten 1995 anfallen.

Wir wollen den Standort mit so viel



Streik unter Tage bei Sophia-Jacoba.

Hoesch-Übernahme durch Krupp „Denver Glan“ im Ruhrgebiet

Eine ganze Stadt ist auf den Beinen um gegen den größten Übernahme Deal der letzten Jahre zu protestieren. Praktisch über Nacht und angeblich ganz geheim hatte Krupp Chef Cromme sich mit Hoesch-Aktien eingedeckt. Ein Großer will den anderen schlucken.

Schon seit den 70ern hatte es immer wieder Überlegungen von einer Zusammennarbeit zwischen Krupp und

Hoesch gegeben, um gegen den Hauptkonkurrenten Thyssen flexibler aufzutreten. Nun ist Krupp in die Offensive gegangen. Angeblich ist die nordrhein-westfälische Landesregierung erst einen Tag nach dem Hoesch-Vorstand informiert worden. Also ein Alleingang von Cromme?

NRW Ministerpräsident Rau ist Mitglied im Vorstand der Krupp-Stiftung, die 75% der Aktien von Krupp hält. Die

Kollegen von Hoesch sind auf die Straße gegangen, weil sie berechtigterweise um ihre Arbeitsplätze fürchten. Und noch ist die Übernahme nicht abgeschlossen. Zwingen an der Waage ist die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung. Cromme braucht die 12% Hoesch-Aktien der Westdeutschen Landesbank (WestLB), die Eigentümer des Landes ist, um Hoesch in der Tasche zu haben.

Das Vertrauen der Kollegen in die Unterstützung der Landesregierung ist durch deren Äußerungen nicht gerade bestärkt worden. Wirtschaftsminister Einert (SPD) hatte nichts Besseres zu tun als die Übernahme zu begrüßen. Rau bemühte sich zu versichern, durch die Übernahme werde „kein Standort der beiden Unternehmen gefährdet“.

Den Hoesch-Kollegen aber ist klar, daß Cromme keine arbeitnehmerfreundlichen Gedanken mit der Übernahme verbindet. Es gilt, Regierungschef Rau auf die Füße zu treten, damit er Crommes Pläne verhindert. Ziel der Proteste ist es, einen Graben zwischen der WestLB und Krupp zu ziehen, den keiner überqueren kann“ (Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe).

Wie möglich Beschäftigten ausstatten, aber das wird von der Geschäftsführung praktisch unterwandert. Wie wollt ihr dagegen vorgehen? Was für Pläne hat der Betriebsrat? Was für Pläne hat die IG-Metall?

Die Pläne sind ziemlich gleich. Wir wollen untersuchen, warum bei der Geschäftsführung die Meinung aufkommt, hier sei keine Gießerei zu betreiben. Eine Gießerei ist aus unserer Sicht generell überall betreibbar, wenn die Umweltauflagen erfüllt werden. Von der Geschäftsführung wird dagegen gehalten, das sei ein zu hoher Kostenfaktor. Der Kostenfaktor wird auch bei einer Zentralgießerei im Werk Galdorf auftriften. Das sind die gleichen Kosten und da stellt sich die Frage: Warum soll dann eine Gießerei in Cannstatt nicht betreibbar sein?

In dieser Situation sollte man doch alle Arbeiter gerade in der Pragstraße zusammenfassen und gemeinsam gegen Arbeits-

zwischen Industrie und Haushaltstrom noch weiter zu Lasten des kleinen Mannes öffnen.“ (aus: „Süddeutsche Zeitung“, 5.10.91) Möllemann gebraucht noch ein Argument: Es dürfe im Westen kein „Reservat“ für die Bergarbeiter geben, während im Osten Tausende entlassen werden. Wann fordert Möllemann mit diesem Argument seine eigene Entlassung?

Die ganze Geschichte des Steinkohlenbergbaus zeigt: Solange die private Wirtschaft ihre Aktien im Spiel hat, steigen die Subventionen und die Arbeitsplätze werden weniger. Um eine Energiepolitik betreiben zu können, die Arbeitsplätze und Umweltschutz miteinander verbindet, müssen die Energie- und Kohlekonzerne in Gemeineigentum überführt und durch die Arbeiter demokratisch kontrolliert werden.

- Wir fordern:
- Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes auf allen Zechen.
- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie.
- Arbeitszeitverkürzung durch 4 Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- Überführung der Energie- und Kohlekonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und Veravalnung.
- Ausweisung eines Energieplans unter Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Arbeitsplätze.
Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist

Crommes Ziele werden von den Kollegen realistischer Weise so gesehen, daß Konkurrenz ausgeschaltet werden und massive Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Dem Krupp Manager geht es darum, durch Abbau von Arbeitsplätzen die Gewinne für die Aktionäre zu erhöhen. Den Arbeiter geht es darum, ihre Arbeitsplätze, ihre Existenzgrundlage zu erhalten.

Der Coup von Cromme reht sich ein in die Fusionierungsbestrebungen europäischer Stahlkonzerne. Der Kampf gegen die Übernahme wird daher nicht der letzte Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie sein, sondern der Auftakt in einer neuen Runde von Auseinandersetzungen. Die Arbeitgeberseite wird bemüht sein möglichst schnell einen Kompromiß auf Managementebene zu erreichen, um ein zweites Rheinhausen zu verhindern. Letztendlich ist man sich in den Cheftagern schon immer irgendwie einig geworden. Und auch wenn es mit härteren Bandagen zugeht, bisher ist noch kein Manager auf dem Arbeitsamt gelandet. Carsten Becker, Köln, Jungsozialist

mit Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland wäre. Aber das darf uns letztendlich nicht berühren - bei uns geht es um Beschäftigung, um Arbeitsplätze. Wenn die Leute arbeitslos werden und die Artikel nicht mehr kaufen, dann ist das auch nicht im Sinne der Unternehmer. Die haben darüber natürlich immer andere Ansichten. Welche Schritte stellt Du Dir jetzt vor? Man kann das in der Richtung ausbauen, daß man Gemeinwesenketten über die Betriebe hinaus findet, daß man dann zusammen mit der Gewerkschaft versucht, etwas zu unternehmen, möglicherweise auch mal mit einer größeren Demonstration. Demonstrationen können ja nicht alles sein, die tücken die Unternehmer ja nicht. Sie tückt es eben insofern, daß es Arbeitsausfall bedeutet. Also ein Streik? Ja, natürlich muß das dann einen anderen Namen bekommen, weil es sonst rechtlich untragbar ist.

Inhalt

**Kampf gegen
Ausländerhetze**
Seiten 1 bis 3
**Weg mit
dem §218!**
Seiten 6 und 7

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 135 - November 1991

1,- DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

**Wie durch eine Lupe
sind in Berlin die Aus-
wirkungen der Vereini-
gung unter Unterneh-
merherrschaft sicht-
bar. Die Arbeitslosig-
keit ist im Osten von
0 auf 14% angestiegen
und liegt im Westteil
immer noch bei 10%.
Über 40.000 Ostberli-
ner und 150.000 West-
berliner sind auf So-
zialhilfe angewiesen.**

Es fehlen 170.000 Wohnungen, Mietsteigerungen um das Fünffache im Osten werden die Zahl der Obdachlosen von 30.000 noch erhöhen. Tägliche Überfälle veranlassen 35.000 Berliner dazu, nicht mehr die S-Bahn zu benutzen. Die Arbeiter und Angestellten im Ostteil verdienen - trotz gleicher Preise - nur 60% vom Westniveau. Doch nicht allein der Widerspruch zwischen Ost und West, sondern vor allem die Kluft zwischen oben und unten führt zu sozialen Sprengstoff.

Das sind die Auswirkungen der unsozialen Wirtschaftspolitik von Kohl und Mollathmann, die als Helfershelfer der Unternehmer die Kosten der Ein-

heit auf die kleinen Leute abwälzen, um die Einheitsprofite der Großen zu garantieren.

In der Berliner Regierung dominiert die CDU, die als Statthalter der Bonner Regierung noch zusätzlich Probleme schafft. Unterstützung bekommt sie dabei von der SPD-Führung, die trotz Protesten von Betroffenen und Teiljen der SPD-Basis in der Großen Koalition verbleibt und sich für die Angriffe auf den Lebensstandard mit verantwortwortlich macht.

Im Oktober wurde die Mieten im Ostteil bis zu 500% erhöht, so daß jetzt fast jeder Ostberliner 25-30% seines Einkommens - trotz Wohnungsdas - für die Miete ausgeben muß. Auch in Westberlin sind auf Grund der sich verschärfenden Wohnungsnot in den letzten zwei Jahren die Mieten nach oben

geschwellig gleichzeitig gibt es mittlerweile 16.000 leerstehende Wohnungen. Doch der Senat hat angeblich kein Geld für die Sanierung. Seine städtischen Konzepte beschränken sich in erster Linie auf das Verarmen von Grundstücken an Großkonzernen zum halben Preis und Prestigeobjekte wie Olympia 2000. So sollen allein für drei Olympiaparkanlagen 750 Mio. Mark ausgegeben werden.

Im August erhöhte der Senat die Fahrpreise der BVG/BVB, im Ostteil um 900%! Das ist Ausdruck eines an den Profitten der Automobilindustrie orientierten Verkehrskonzepts, welches das umweltverträglichere und strukturellere Fahren mit Bussen und Bahnen bestraft und erst Recht diejenigen, die sich kein Auto leisten können. Im nächsten Jahr ist geplant, über eine Milliarde DM für den weiteren Ausbau des Straßennetzes auszugeben, während gleichzeitig neue Fahrpreiserhöhungen zu erwarten sind.

Diese Politik führte in Berlin zu einem erheblichen Anstieg der sozialen Spannungen. Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel sowie fehlende Freizeitmöglichkeiten und die Schließung vieler Jugendclubs ließen Gewalt und Kriminalität gerade unter der Jugend sprunghaft anwachsen.



en Koalition eine solche Politik deckt, ist sie mitverantwortlich für die zunehmende Gewalt gegen Ausländer und Linke. Denn sie unterstützt die arbeitfeindliche Politik der CDU, anstatt eine sozialistische Alternative, die sich klar vom Stalinismus abgrenzt, aufzuzeigen.

Weitere Angriffe geplant
Für das nächste Jahr hat der Senat weitere drastische Kürzungen, die größten Sparmaßnahmen der letzten 40 Jahre, geplant. Allein im öffentlichen Dienst sollen 10.000 Stellen gestrichen werden. Dabei herrscht schon jetzt im Gesundheitswesen im Osten ein akuter Pflegekräftemangel. Hauptursache ist neben den schlechten Arbeitsbedingungen vor allem die um 40% niedrigere Bezahlung. Bezirksämter sind überlastet und selbst bei der Feuerwehr müssen die Arbeiter ständig Überstunden schieben. Ausfälle bei Einsatzfahrten sind vorprogrammiert. Obwohl noch für über 25.000 Kinder ein Kita-Platz gesucht wird, sollen 1500 Erzieherinnenstellen gestrichen werden. Diese Sparmaßnahme wird besonders auf die

**SPD raus aus der
Großen Koalition**

SPD, Alternative Liste, Bündnis 90 und PDS haben zusammen im Mehrheit von zwei Sitzen im Abgeordnetenhaus. Eine Ankündigung der Großen Koalition und eine Mehrheit für Linke Politik wäre also sofort möglich. Grundlage hierfür muß ein Programm sein, das die Interessen der Arbeitnehmer kompromisslos vertritt. Dies durchzusetzen geht nicht ohne die Unterstü-

zung, das heißt Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung.

Folgende Forderungen müssen im Mittelpunkt eines solchen Programms stehen:

- Massives Wohnungsbauprogramm; preiswerter und anständiger Wohnraum für alle; keine weiteren Mieterhöhungen; kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung; Enteignung der Spekulanten und Überführung des Wohnraums in kommunales Eigentum unter demokratischer Ver-

waltung von Mietern, Gewerkschaften und Senat.

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West; von Deutschen und Ausländern, von Frauen und Männern, um eine Spaltung der Arbeiterbewegung zu verhindern und allen ein anständiges Leben zu ermöglichen.
- Kein Stellenabbau oder andere Kürzungen im öffentlichen Dienst; sondern Ausbau der Dienstleistungen und Arbeitszeitverkürzung.
- Arbeit für alle; denn es gibt genug zu tun: Gesundheitswesen, Kitas, Schienenbau, Feuerwehr usw.
- Bleibe- und Arbeitsrecht für alle Ausländer.
- Gegen Olympia und Bonzenvillen, die Gelder sollen für Wohnungsbau, Ausbau von Bus- und Bahnnetz und die Förderung des Breitensports verwendet werden.
- Gegen die hohen Parlaments- und Senatsdiäten: für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle gewählten SPD-Vertreter.
- Thomas Berger, Berlin
Jungsozialist

Halle „Treuhand macht Betriebe kaputt“

Das folgende Gespräch mit Detlef Donath, Betriebsrat bei den Pneumant-Werken in Fürstenwalde, führte unser Mitarbeiter Sigi Butternüller am Rande einer IG Chemie-Veranstaltung in Halle. Die Pneumant-Werke waren der Reifenhersteller der ehemaligen DDR und hatten bis vor kurzem noch 6000 Mitarbeiter in vier Betrieben.

Wie ist die Lage bei Pneumant?
Ein Unternehmensberater hat im Auftrag der Treuhand ein Konzept für unsere Firma erstellt. Demnach soll der Betrieb in Fürstenwalde und der in Riesa vorerst erhalten bleiben. Das Werk in Neubrandenburg wurde am 3. Juni dichtgemacht, und Dresden soll zum Jahresende stillgelegt werden. Die Treuhand sagt, daß sie unsere Betriebe erst modernisieren, dann verkaufen möchte. In Wirklichkeit macht sie unsere Betriebe aber kaputt.

Gibt es Widerstand gegen diese Pläne?
Die Kollegen in Neubrandenburg versuchen, unter anderem mit einer Blockade der Werkstore, die Demontage ihres Betriebes zu verhindern. Als der Betrieb trotz aller Gegenwehr geschlossen wurde, ließen sich auch die Betriebsräte kündigung-

obwohl sie laut Gesetz Anspruch auf Weiterbeschäftigung gehabt hätten. Die kämpferische und am Ende solidarische Haltung der Neubrandenburger Betriebsräte kam bei den Kollegen sehr gut an.

Hätte der Kampf der Neubrandenburger Kollegen von den Mitarbeitern der anderen Betriebe unterstützt werden können?
Die Solidarisierung unter den Kollegen ist leider noch nicht so weit, da jeder Angst um seinen Arbeitsplatz hat. Das könnte sich aber bald ändern.

Habt Ihr schon Aktionen geplant?
Wir haben einen Brief an Ministerpräsident Stolpe geschrieben, in dem wir ihn um Unterstützung bitten, und warten noch auf Antwort. Wenn die Pläne der Treuhand offensichtlich werden, überlegen wir, welche Aktionen wir dagegen machen können.
Wie sieht es mit der Unterstützung von der Gewerkschaft aus? Sollte die IG Chemie die Kämpfe nicht anführen und mehr Druck machen?
Das mit der Gewerkschaft ist so eine Sache. Wenn wir uns mit Fragen an die Verwalterstelle wenden, müssen wir meistens 14 Tage auf eine Antwort warten.
Danke für das Gespräch.